# Informations-Dienst

## zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH — NR. 181 — 11. Juni 1977

Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr



**frankfurter informationsdienst e.V.**
**hamburger allee 45**
**6000 frankfurt 90**
**tel. 0611/70 43 52**

**postadresse:**
**postfach 90 03 43**
**6000 frankfurt 90**


KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/ 23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267


**druck: druckladen**
**hamburger allee 45**
**6000 frankfurt 90**
**tel. 0611/70 57 72**

**bilderdienst im id**
**postfach 90 03 43**
**6000 frankfurt 90**

**postscheckkonto**
**gerd kever**
**nr. 360811-608**
**6000 frankfurt 90**

**einzelverkaufspreis**
**1,50 dm incl 5,5% mwst**

**abonnement** gegen vorauskasse von 1.50 dm je heft. mindestbetrag 18 dm für 12 hefte (vierteljahr) auf **postscheckkonto 52 52 28 – 602 postscheckamt frankfurt** (blz 500 100 60) bitte **stichwörter** angeben: „neuabo", „verlängerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adresse. noch besser: die abonummer.

## ARBEITSMATERIAL GESUCHT

HAMBURG
8. Juni

Auf dem Arbeitstreffen der Russell AG 'Militarisierung/Polizei' in Hannover am 14. und 15. Mai hat die AG Counterinsurgency unter dem Titel 'Konkrete Einsätze der Polizei' den Begriff 'Fahndungsmaßnahmen' besprochen.

An der Buback-Fahndung will die Arbeitsgruppe exemplarisch Polizeimaßnahmen analysieren, um deren Einsätze durchschaubarer zu machen, um Struktur und Strategie von Zentralisierung und Internationalisierung zu begreifen und um Beweismaterial für ein Russell-Tribunal vorzulegen. Deshalb sammelt die Gruppe Material und Informationen unter genauer und detaillierter Angabe von Ort, Zeit, eingesetzten Mitteln und Personal sowie der offiziellen 'Begründung'. Außerdem noch Infos und Erfahrungen über frühere Einsätze gleicher oder ähnlicher Art.

Informationen gehen an: **AG Counterinsurgency, Bartelsstr. 49, 2 Hamburg 6**

## „BLÄTTER" NICHT AUSGELIEFERT

BIELEFELD
Juni 1977

Seit 26 Jahren gibt der Jugendkulturring der Stadt Bielefeld eine Jugendzeitung heraus. Die „Blätter" sind laut Jubiläumsausgabe zum 25jährigen Bestehen unabhängig, selbstverwaltet und -organisiert. Dieser Anspruch sieht auf dem Papier sehr gut aus und konnte bisher von der Redaktion auch mehr oder minder erfolgreich durchgehalten werden — trotz zahlreicher Angriffe der Bielefelder CDU. Daß er nicht stimmt und die SPD sich selbst bzw. die von der Stadt Bielefeld finanzierte Zeitung zensiert, zeigte sich bei der Nr. 288 (April/Mai/Juni-Ausgabe) der „Blätter". Sie wurde Ende Mai auf Veranlassung des Jugendamtsleiters Paul Hirschauer nicht ausgeliefert. Gespräche mit dem Herausgeber, dem „Verein für Jugendbildung", bildeten die Basis für diesen Beschluß. Man war nach Rücksprache mit der Redaktion auch nicht zu Kompromissen bereit. Die Redaktion ihrerseits steht zu dem Inhalt der Zeitung. Grund der Nichtauslieferung sind mehrere Beiträge über die Praktiken der Bielefelder Polizei bei Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen etc., wie sie auch aus anderen Städten sattsam bekannt sind. Daß die Bielefelder Stadtverwaltung, der Polizeipräsident Funk u. a. ihre eigene Schande nicht gedruckt lesen wollten, ist verständlich. Daß sich aber ein als „liberal" bekannter Jugendamtsleiter zu ihrem Instrument machen läßt und Selbstzensur übt, obwohl er sonst lautstark für freie Meinungsäußerung eintritt, zeigt seine Furcht vor dem Machtinstrument Polizei. Zu Recht fragen die Autoren der Blätter in der beanstandeten Ausgabe: „Wer schützt uns vor dem Staatsschutz?"

## KAMPAGNE GEGEN DAS MODELL DEUTSCHLAND

BOCHUM
Juni 1977

*Die neugegründete „Kampagne gegen das Modell Deutschland" schickte uns den folgenden Aufruf:*

„Einige ausländische und deutsche Genossinnen und Genossen haben sich zusammengesetzt, um Informationen über Repression in der BRD und die Rolle der BRD gegenüber anderen Ländern zu verbreiten. Wir haben bisher zwei Berichte über Berufsverbote und computerisierte Überwachung fertiggestellt und ins Englische übersetzt. Wir sind dabei, diese und andere Berichte, z. B. Initiativen der deutschen Polizei auf europäischer Ebene, § 88 a auch in andere Sprachen zu übersetzen und im Ausland zu verbreiten. Wir sind an dreierlei interessiert:

— relativ kurze Berichte und Informationen über einzelne Bereiche der Repression
— an Leuten aus dem Ruhrgebiet, die mit uns zusammenarbeiten wollen und möglichst eine andere Sprache als Muttersprache sprechen
— an Adressen und Kontakten im Ausland, linken Gruppen, Zeitungen, Verlagen usw., die etwas gegen das „Modell Deutschland" tun wollen.

**Kontaktadresse: c/o Evangelische Studentengemeinde (ESG) Querenburger Höhe 287, 4630 Bochum 1**

## SAMMLUNG FÜR DIE RECHTSHILFE VON AKW—GEGNERN



MAINZ
8. Juni

Auf dem diesjährigen Open Air Festival in Mainz über Pfingsten war unter anderem ein Arbeitskreis zum Thema „Selbstorganisation am Beispiel Bürgerinitiativen" angesetzt. Als konkretes Ergebnis der Arbeitsgruppe beschlossen wir, am Ende des Festivals zu sammeln für diejenigen, die bei der Brokdorf I-Demonstration dabei waren und nun Strafrechtsverfahren anhängen haben. Obwohl wir nur am letzten Tag gesammelt haben, als schon ziemlich viel Besucher kein Geld mehr hatten, bekamen wir innerhalb einer Stunde 576,-- DM zusammen, daneben etliche ausländische Münzen, Knöpfe etc. Außerdem konnten wir während des Festivals 160 Plaketten und Aufkleber gegen AKW verkaufen.

Wir sollten uns in Zukunft überlegen — wenn wir wieder solche Festivals besuchen — für welche Sache es möglich ist, etwas zu machen und zu sammeln, und dies nicht nur am letzten Tag.

Das gesammelte Geld kam dem Ermittlungsausschuß Kassel zu.

## NEUES VOM JOHANNISLUST

BIELEFELD
9. Juni

Am 16., 17. und 18. Juni machen die Johannislustigen ein Solidaritätsfest wegen der fristlosen Kündigung (ID 180). Dies ist der Anfang einer Reihe von Aktionen, Musik, Theater und vielen Festen, um den Sommer zu überdauern, und die erste Gelegenheit, sich zusammen zu überlegen, was so weiter laufen soll.

Seit Bekanntwerden der Kündigung sind bisher ein Stand vorm Kaufhaus Alva gemacht und Postkarten gedruckt worden, die an die Hausbesitzer geschickt werden können, um zu zeigen, was die Bielefelder von der Kündigung halten.

Hier die Adressen der Verantwortlichen für die Kündigung:

**Hans Wameling, Niedernstr. 18, Bielefeld 1**
**und**
**Klaus Hackemeier, Fritz Reuter-Str. 17, Bielefeld 1.**

**Ansonsten: Kommt zum Fest in Scharen.**

## WILLI PIROCH IST FREI

NÜRNBERG 1.Juni — Nachdem Willi Piroch in der JVA Ebrach fünfeinhalb Jahre abgesessen hatte, wurde er wieder in U-Haft gesteckt. Der Haftgrund: Gründung einer 'kriminellen Vereinigung' im Knast.

Die Verhandlung ergab bisher, daß sich weder der Vorwurf der 'kriminellen Vereinigung' (§ 129) noch die hilfsweise eingebrachte Konstruktion einer versuchten Brandstiftung halten ließ (s. ID 169, 177, 178). Erst am 1. Juni wurde der von Rechtsanwalt Ophoff gestellte Antrag auf Haftentlassung positiv beschieden.
Vom nächsten Verhandlungstag, dem 7. Juni, lag uns bis Redaktionsschluß kein Bericht vor.

## ZWIELICHT IN BERLIN

BERLIN Juni 1977 — Der Landesverband der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) in Berlin hat jetzt eine Broschüre mit dem Titel „Zwielicht ... "zum Fall Josef-Maria Metzke herausgegeben. Der Lehramtsanwärter kämpft seit drei Jahren um seine Anstellung (siehe ID 164 und 175). Die Broschüre enthält eine Chronologie des Geschehens, ein Gedächtnisprotokoll der Anhörung, biographische und andere Notizen. Sie kann bezogen werden bei der **GEW, Landesverband Berlin, Ahornstraße 5, 1000 Berlin 30, Tel. 030 / 24 60 68/69**

## NIEDERRHEINISCHER PROVINZLADEN

MOERS 6. Juni — Interessenten von linker Literatur und Alternativliteratur können ihre Lesewut nun besser befriedigen. Der Aragon Buchvertrieb bietet freiheitliche Literatur, Bücher über fremde Kulturen und über Alternativen, Comix, Zeitungen, Poster, Schallplatten.
Ansprechen wollen wir hauptsächlich den linken Niederrhein, für den linke Literatur was Neues ist. Aber der Kontakt zu libertären Genossen und Freaks sollte nicht nur auf diesen Raum beschränkt sein.

Katalog und weitere Auskünfte können bei **Willi Klauke, 413 Moers 1, Arnulfstr. 41 — Postfach 1710** eingeholt werden.

Laßt uns den Niederrhein unterbaggern — die Maulwürfe haben ein weiteres Quartier.

## POSTKARTEN GEGEN ATOMENERGIEANLAGEN

BIELEFELD 8. Juni — Nachdem unsere erste Postkarte, die 'STOLTI'-Kuh, bereits 3400 mal verkauft worden ist - was gut 900 DM für die Anti-AKW-Bewegung gebracht hat - haben wir uns entschlossen, 5 weitere Motive herauszugeben. Die Karten, gedruckt auf Hochglanzkarton bei SOAK in Hannover, können einzeln oder als Satz zum Preis von 0,40 DM/Stück bezogen werden, bei einer Abnahme von mindestens 100 Stück gewähren wir 10% Rabatt. Midestabnahmemenge ist 10 Stück. Kommissionslieferung gibts nur für Wiederverkäufer (Buchläden, Bürgerinitiativen, Büchertische etc.) auf Anfrage! Da wir bis jetzt gute Erfahrungen mit der Zahlungsmoral der AKW-Gegner/innen gemacht haben, liegt jeder Sendung eine Zahlkarte bei - mit Bitte um sofortige Bezahlung. Verpackt ist das Ganze in wattierte Versandtaschen - kommt also selbst bei den brutalsten Posttransportmethoden heile bei den Empfänger/innen an!

**Unsere Adresse: H. Ciesla/C. Giese, Postfach 3301, D-4800 Bielefeld 1.**
**Also, verschickt viele Anti-AKW-Karten, bei 500 verkauften Karten sind das schon 150 DM für die Bewegung.**

## BESCHWERDERECHT VON NICHTGEFANGENEN

Bochum **8. Juni** — *Von Bochumer Rechtsanwälten kam der folgende Tip zum Beschwerderecht von Nichtgefangenen (wichtig für alle, die Knastarbeit machen):*

In der letzten Zeit häuften sich die Meldungen, daß in verschiedenen Strafanstalten Briefsendungen an Gefangene lediglich mit dem Vermerk „Annahme verweigert" an die Absender zurückgeschickt werden. Vielfach ist es so, daß die Gefangenen auf diese Weise noch nicht einmal davon erfahren, daß sie angeschrieben worden sind.

Jeder Nichtgefangene hat die Möglichkeit gegen die Nichtaushändigung des Briefes an den Adressaten Beschwerde einzulegen. Der Bundesgerichtshof hat in einem Beschluß, Az. 1 BJs 20/75, StB 64/77, eine Beschwerde zurückgewiesen mit der Begründung, daß der Beschwerdeführer nicht der Absender gewesen sei. Aus dieser Begründung ergibt sich, daß jeder Absender ein Recht zur Beschwerde hat. Diese Entscheidung ist insoweit wichtig, als in dem seit dem 1.1. 1977 geltenden Strafvollzugsgesetz ein Beschwerderecht für Nicht-Gefangene nicht geregelt ist.

## KRAFTWERK IN OHU ABGEBAUT

OHU 5. Juni — *In Ohu bei Landshut war bis zum 5. Juni ein aus Holz gefertigtes KKW auf dem Maibaum. Dann war es plötzlich verschwunden. Dazu die beiden folgenden Stellungnahmen:*

**Polizeibericht:**

**Ohu bei Landshut, 5.6.77**

In der Nacht vom 4. auf den 5. Juni entfernten unbekannte Täter das AKW in Ohu mit roher Gewalt. Erboste Kirchgänger stellten dies am Sonntagmorgen mit Bedauern und Entsetzen fest. Nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen muß diese Terroraktion folgendermaßen abgelaufen sein:

Die Täter, die in anarchistischen Kreisen vermutet werden, bestiegen im Schutze der Dunkelheit den Maibaum von Ohu, entfernten das aus Holz gefertigte KKW und brachten anstelle dessen zwei Anti-Atom-Sonnen an. Ohne Spuren zu hinterlassen, verschwanden nach vollbrachter Tat die Terroristen. Nach den 130 (vielleicht auch nur 88a) Tätern wurde noch am selben Tag eine bundesweite Fahndung eingeleitet.
gez. P.H.

**Stellungnahme der 'Blau-Weißen-Armee-Fraktion' Kommando 7. Mai**

'Mia hamm de Aktion gemacht, weil uns des Glump da drom

auf dem Meibam gstunka hot. Mia findns a Bluatsauerei, daß bloß, weil oana vo da Kraftwerksunion 250 Mark fürn Meibam gstift hot (der sowieso bloß 350 Mark kost hot), unser olt bayrische Tradition durchn Dreck zogn wead. Des nechste Mol, wenn wieder a AKW auf irgndan Meibam drobnis, dann klaun ma glei den ganzn Meibam.

— Weg mit der Propagande von de Großkopfadn auf de Meibam!
— Koane AKWs auf de Meibam und a sonst nirgns!
— Hoit ma zamm, dann samma schdark!

Blau-weiße-Armee-Fraktion, Kommando 7. Mai'




## ATOMBETRIEBE RUND UM HANAU

HANAU 8. Juni *In der Nähe von Hanau befindet sich das größte bekannte Plutoniumlager der Welt. Die Initiativgruppe Hanau informiert in einem Flugblatt über Zusammenhänge:*

„Die Atomindustrie verfügt über große Mittel und Macht, die angebliche Ungefährlichkeit ihrer Anlagen werbewirksam zu verbreiten. Es werden nicht nur Mitarbeiter unter Druck gesetzt, damit sie sich in der Öffentlichkeit nicht kritisch zur Kernenergie äußern, sondern die Firmen treten mit ihrer Propaganda nach außen. So hat die Kraftwerksunion (KWU) in letzter Zeit sogenannte Informationsstände auf dem Hanauer Marktplatz aufgebaut. Dem setzen wir unsere Informationen entgegen.

...

In den letzten Jahren stieg die in der Nukem GmbH (Nuklear Chemie und Metallurgie) gelagerte Menge Plutonium von ursprünglich 50 kg heimlich, still und leise auf 500 kg. Jetzt soll diese Lagerkapazität ganz und gar auf 5.000 kg erweitert werden. Das Plutonium wurde bisher in Fässern über der Erde schlecht gesichert aufbewahrt. Außerdem befinden sich auf dem Gelände in Wolfgang noch 600 Tonnen angereichertes Uran im Wert von 2 Milliarden DM. Damit sind in der Firma Nukem und mindestens 9 weiteren 'Risikoanlagen' unvorstellbare Mengen von hochgefährlichen Materialien konzentriert. Es handelt sich hierbei wahrscheinlich um die größte Ansammlung der westlichen Hemisphäre. Ein unvorstellbares Vernichtungspotential!

Auf dem Gelände der Firma Degussa (Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt) arbeiten noch drei weitere Firmen mit hochgiftigen und radioaktiven Stoffen. Alle drei sind Tochtergesellschaften der Nukem:

— die HOBEG (Hochtemperatur Brennelement Gesellschaft), die zu 100% zur Nukem gehört, stellt Brennelemente für Hochtemperaturreaktoren her;
— die RBU (Reaktor Brennelement Union), die zu 30% zur Nukem und zu 50% zur KWU gehört. Sie ist zuständig für die Herstellung von Brennelementen für Druckwasser- und Siedewasserreaktoren. Außerdem arbeitet sie uranhaltige Fabrikationsabfälle auf.
— die ALKEM (Alpha Chemie), an der die Nukem mit 40% und die KWU mit 60% beteiligt sind, verarbeitet Plutonium zu Brennelementen für Leichtwasserreaktoren und 'Schnelle Brüter'.

Damit nicht genug. In Kahl steht der erste Atomreaktor der BRD. Er wurde 1961 von den Firmen Siemens und AEG (später KWU) als Versuchsreaktor mit einer Leistung von 15 MW in Betrieb genommen. Er ist bekannt durch seine Störfälle. Hier einige aus der letzten Zeit:

— 1971 Risse im Kühlsystem am Boden des Reaktordruckbehälters. Ausfall und Reparatur über ein Jahr. Ursache: Es wurden neue Geräte und Stoffe getestet, über deren Arbeitsweise und Verhalten überhaupt keine Erfahrungen vorlagen. Der Reaktor konnte nur mit sehr viel Glück gestoppt werden. Es kam dabei beinahe zum GAU (Größter anzunehmender Unfall).
— 1975 Bei einer Wasserdruckprobe stieg der Druck weit höher als vorgesehen! (Gefahr des Berstens!)
— 1975 Aus 'Versehen' wurden Brennelemente in falschen Kästen eingefahren. Die Brennelementhülle wurde zerstört: Erhöhte Radioaktivität im Primärkreislauf!
— 1976 Wegen Verschmutzung mußte die Kühlpumpe gereinigt werden!

Bei keinem der Störfälle hielt man es für nötig, im Kühlsee und in der Umgebung des AKWs irgendwelche Radioaktivitätsmessungen vorzunehmen!

Gleich neben diesem Atomreaktor steht die erste Atomruine der BRD — das AKW Großwelzheim. Der Reaktor dieses Kraftwerks ist nach kurzer Betriebsdauer wegen Überhitzung außer Betrieb gesetzt worden. Dort werden jetzt gefährliche Situationen experimentell erprobt. Wieviel Schadstoffe damals an die Umwelt gelangten bzw. heute noch abgegeben werden, ist unklar. Eine zusätzliche Gefährdung der Bevölkerung geht von den Transporten der Firma Transnuklear aus, deren Aufgabe es ist, die hochgefährlichen Stoffe durch die Gegend zu karren. Doch damit noch nicht genug. Neben den privaten Risikoanlagen existieren noch zwei militärische:

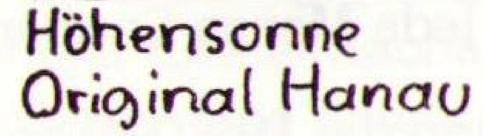
— eine Abschußrampe für nukleare Sprengköpfe in Kilianstädten. Die Amerikaner lagern dort unbekannte Mengen von Atomsprengköpfen.
— ein Vorratslager für chemische und biologische Waffen der US-Armee in Wolfgang. Mengen und Wirkungen sind unbekannt.

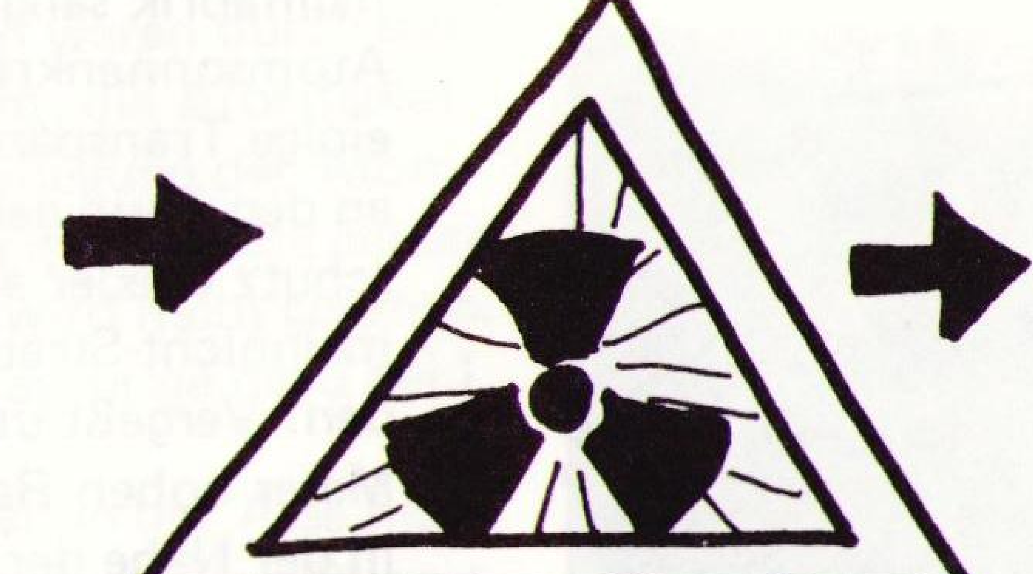
Mit dieser Ansammlung von gefährlichen Industriebetrieben und -anlagen ist in Hanau die größte Konzentration von lebensgefährlichen Materialien ganz Europas. Das muß man im Zusammenhang damit sehen, daß das Rhein-Main-Gebiet eins der dichtbesiedeltsten der BRD ist. Durch diese hohe Konzentration steigt natürlich dementsprechend die Wahrscheinlichkeit, daß es hier zu einem Unfall kommen kann. Der könnte unvorstellbare Folgen haben. Bezüglich des Risikos ist noch anzumerken, daß Wolfgang in der Einflugschneise des Rhein-Main-Flughafens und dicht neben dem Militärflughafen Langendiebach

Hanau, ehemals bekannt für seine gesunden Höhensonnen-strahlen, kann schon bald für tödliche Strahlen anderer Art vielleicht noch bekannter werden, nämlich durch .....

# Atomstrahlen - Original-Hanau





Atomindustrie



Atomstrahlen
Original Hanau

## Hanau geht einer strahlenden Zukunft entgegen

liegt. Doch auch ohne Störfall beim sogenannten Normalbetrieb gelangen laufend Schadstoffe in die Umwelt. Das kann niemand verhindern. Durch die hohe Konzentration im Raum Hanau wird also die Bevölkerung auch jetzt schon ständig erheblich verseucht.

Am 17. Juni werden wir zu diesen Problemen eine Veranstaltung auf dem Hanauer Marktplatz durchführen. Voraussichtliches Programm: Um 13 Uhr eine Kundgebung mit Redebeiträgen von bekannten AKW-Gegnern — eingeladen sind Heinz Brandt, Holger Strohm u.a. Außerdem spielt das Strontium-Theater und es wird Info-Stände geben. Um 15 Uhr ist eine Demonstration zum Plutoniumlager nach Wolfgang vorgesehen. Anschließend großes Fest auf den Mainwiesen.
Die Bürgerinitiative Frankfurt fährt um 11 Uhr vom Opernplatz über Offenbach mit dem Fahrrad nach Hanau."

**Kontakt: Initiativgruppe Hanau, c/o Herwig Putsche,**
**Thomas-Münzer-Str. 3, 645 Hanau,**
**Tel.: 06181 / 14864**

## PFINGSTEN AM ATOMMÜLLAGER ASSE

WITTMAR (WOLFENBÜTTEL) *Dieser Bericht stammt vom Arbeitskreis Atomenergie Braunschweig:*

„Die Atmosphäre auf dem letzten Plenum des Braunschweiger Arbeitskreises gegen Atomenergie am Freitag vor Pfingsten stand ganz unter dem Einfluß zweier Ereignisse, die unsere Empörung erregt hatten. Da stand ein Artikel im Lokalteil der Braunschweiger Zeitung über ein Polizeimanöver in der Klein-Schöppenstedter Feldmark nahe bei Braunschweig (Truppenübungsplatz). 1500 'Staatshüter' aus ganz Niedersachsen probten dort einen Einsatz unter dem Namen 'Atommüllagerstätte Herzogsberg'. In dieser Übung sollte erprobt werden, wie grössere Polizeieinheiten besser dirigiert werden können. Dreihundert Jungbullen hatten sich als Demonstranten verkleidet, stilecht ausgerüstet mit Gasmasken, Öljacken, Holzknüppeln, Plastiktüten, Helmen und Transparenten. Die 'Demonstration' endete schließlich mit der Verhaftung der 'Rädelsführer' der 'Kernkraftgegner' durch die vierfach überlegenen Kollegen. Die Bezeichnung der Übung, 'Atommüllagerstätte Herzogsberge' spricht für sich. Die Staatsgewalt scheint Muffensausen zu kriegen vor dem Widerstand, der sich nun allmählich rund um die Asse, in den Städten und Dörfern zwischen Harz und Heide organisiert.

Der zweite Grund für die allgemeine Aufregung war der Bullenüberfall auf den Göttinger Asta und siebzehn Göttinger Wohngemeinschaften am Freitag. Aus diesen beiden Aktionen unserer „Freunde und Helfer" läßt sich wieder mal erkennen, daß die Kriminalisierung aller engagierten Atomenergiegegner und Systemkritiker in diesem Lande verstärkt vorangetrieben wird. Doch sollten wir uns nicht einschüchtern lassen, denn wir sind im Recht und müssen gerade jetzt unsere Stimmen lauter werden lassen, in dieser Zeit, in der so vieles totgeschwiegen wird.

Mit Plakaten und Flugblättern hatten wir in der vergangenen Woche zu dem Treffen am Pfingstwochenende im Waldhaus zur Asse in Wittmar aufgerufen.

Die Asse ist ein 200 m hoher und 9 km langer Höhenzug 20 km von Braunschweig entfernt. Seit 1965 wird dort schwach- und mittelaktiver Atommüll im früheren Salzbergwerk Asse II eingelagert. Asse II ist das einzige Endlager für Atommüll in der BRD und das größte in Westeuropa. Es wird betrieben von der bundeseigenen Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung mbH. München (GSF). Bisher lagern dort mehr als 83.000 Fässer radioaktiver Abfälle. In allernächster Zeit sollen 100.000 hochaktive karbidische Brennelementkugeln aus dem Forschungsreaktor Jülich in den Schacht II eingelagert werden. Da wir wissen, daß sie nicht rückholbar sind, wollen wir unseren entschiedenen Protest gegen die Einlagerung des hochaktiven Materials durch die Pfingsveranstaltungen zum Ausdruck bringen.

Am Pfingstsamstag trafen wir uns gegen 10 Uhr am Waldhaus

zur Asse. Es waren vertreten die Delegierten der Initiativen gegen Atomenergie aus Braunschweig, Hildesheim, Wolfsburg, Salzgitter und Wolfenbüttel. Wir beschlossen, zwei Mobilisierungsgruppen zu bilden, die durch die acht Dörfer rund um die Asse fahren sollten, um die reichlich schlaffe Bevölkerung für unsere geplanten Veranstaltungen zu gewinnen. Ein 'Atommüllmann' in zerschlissenem blauen Overall, gelber Öljacke und Gasmaske rollte ein Faß durch den Ort mit der Aufschrift „Atommüll" und dem Radioaktivitätszeichen. Da es in keinem der Dörfer einen zentralen Platz gab, wo die Leute gezielt angesprochen werden konnten, zogen wir mit Megafon und Gitarre




Die Höhe der Radioaktivität, die hier gemessen wird, ist bisher nicht bekannt gegeben worden. Sie liegt - vielleicht - innerhalb der zugelassenen Grenzen ....
Aber was ist mit den entweichenden Edelgasen, die das Krebsrisiko erhöhen - was wird in zehn oder zwanzig Jahren sein, wenn unsere Kinder Kinder bekommen wollen ?
ID- Bilderdienst

durch die Straßen der Orte und verteilten Flugblätter, in denen wir über die Gefahren der Einlagerung hochradioaktiven Mülls informierten. Die Transparente, die wir mitführten, das Atommüllfaß, der Lautsprecherwagen, die Atomsonnenfahnen und die Masken, die sich einige aufgesetzt hatten, brachten die Leute im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Häuschen. Wir sprachen mit den Bewohnern über den Gartenzaun hinweg, auf der Haustreppe, vor dem Dorfladen, im Kuhstall und auf den Bürgersteigen. In der Skala der Reaktionen waren alle Nuancen vertreten, von der schroffen Ablehnung („kommunistische Propaganda", „Ihr gehört ins Irrenhaus", „Haut bloß ab hier!") bis zu freundlicher Zustimmung. Ein Autofahrer spendete sogar fünf Mark. Von einem Friseurmeister mußten wir uns sagen lassen, wir seien die Hungerkünstler der Nation und wir hätten doch vor zehn Jahren anfangen sollen, etwas zu tun, nun sei es ja wohl zu spät dazu. Die Antwort, daß wir damals erst 12 oder 13 waren, quittierten sie lediglich mit Achselzucken. Überall das gleiche Argument. Die meisten von ihnen haben wohl begriffen, daß sie uns unterstützen müßten. Doch bekommt man den Eindruck, als wehrten sie sich vor der plötzlichen Konfrontation mit der Gefahr, die von hochradioaktivem Müll ausgeht. Es scheint, als hätten sie Angst vor der eigenen Aktivität gegen Radioaktivität. Das spürt man deutlich, wenn es gelingt, die Fassade der ablehnenden Reaktion der Leute durch freundliches Beharren und gezielte Informationen abzukratzen. Dann stellt sich nämlich schnell heraus, daß sie unsicher werden, sich an Rundfunk- oder Fernsehberichte erinnern, die über die Gefahren und Unsicherheitsfaktoren der Atommüllagerung informiert haben.

Der Nachmittagsspaziergang zum Asseschacht II fand leider nur im Atomenergiekreis-internen Rahmen statt. Etwa 50 Leute nahmen daran teil. Vor dem Haupteingangstor der Atommüllfabrik sangen wir den „Wehrt-euch"-Kanon, klebten Atomsonnenkreise auf die offiziellen Tafeln der GSF. Auch einige Transparente und Stopp Atomenergie-Schilder wurden an den Zaun gehängt und eine halbe Stunde später vom Werkschutz wieder abgenommen. Ein im Wald gepflückter Vergißmeinnicht-Strauß wurde ebenfalls an den Maschendraht gebunden: Vergeßt uns nicht, wir kommen wieder! Die etwa einen Meter hohen Radioaktivitätsmeßsäulen, die recht unauffällig in der Nähe der umzäunten Anlage stehen, erhielten Enttarnungsaufschriften und jede Menge Sonnenkleber.

Wir wissen nicht, wann die 100 000 hochaktiven kar[illegible]schen Brennelemente aus Jülich in der Asse eintreffen werden. Vielleicht sind sie auch schon da. Nur eines ist gewiß: Die Gleisanlage vom 7 km entfernten Bahnhof Wendessen zum Asseschacht wird weitergebaut und kostet 14 Mill. DM. Diese Strekke soll den reibungslosen Transport größerer Mengen mittel- und hochradioaktiven Materials gewährleisten. Es ließe sich doch annehmen, daß Asse II still und heimlich als vorübergehendes Endlager für allen anfallenden radioaktiven Müll ausgebaut werden könnte, zumindest bis in die 90er Jahre hinein, da vor diesem Termin nicht mit der Inbetriebnahme der geplanten zentralen Wiederaufbereitungsanlage gerechnet werden kann. An allen Orten, an denen AKWs stehen oder gebaut werden sollen, regt sich der Widerstand der Bevölkerung, während in den Dörfern um die Asse sich die direkt Betroffenen an das Leben mit den 83 000 Fässern Atommüll unter ihrer Erde seit 12 Jahren gewöhnt haben. Außerdem heißt es in einer Studie der Kernforschungsanlage Jülich vom Juli 1975, die Asse sei als ein möglicher Standort für eine Wiederaufbereitungsanlage angenommen, die schon 1982 in Betrieb gehen könnte. Und in Remlingen, in unmittelbarer Nähe zum Schacht, soll — nach Meldung der BZ vom 8.4.76 — eine zentrale Fabrik geba[illegible] werden, in der flüssige radioaktive Abfälle aus deutschen Kernkraftwerken verfestigt werden wollen, bevor sie zum Fahrstuhl in den offiziellen Untergrund der bundesdeutschen Atommüllmafia gebracht werden.

Die Wirtin der Gaststätte „Glück Auf", wo wir am Samstag abend bei einem Dia-Vortrag über die Schachtanlage Asse II beisammensaßen, erzählte uns, daß sie von den Dorfbewohnern im Laufe des Tages erheblich unter Druck gesetzt worden sei. Die Freiwillige Feuerwehr Wittmar hatte kurzfristig ein schon bestelltes Kaltes Buffet für 120 Personen im „Glück Auf"-Saal abzusagen gedroht, falls man uns den vertraglich schon zugesicherten Saal nicht kündigen wolle. Zugleich wurde der Standort des Feuerwehr-Kinderfestes auf den Dorfsportplatz verlegt. Ursprünglich nämlich sollte das Fest auf einer Wiese ganz in der Nähe unserer Büchertische stattfinden. Doch nach unserer morgendlichen Mobilisierungsaktion meinten wohl die Feuerwehrleute, man könne den Kindern den Kontakt mit uns nicht zumuten. Dabei lief alles eigentlich recht friedlich ab.

Was jetzt kommt, ist ein eiliger Rückblick am Pfingstmontag.
Durch den sehr überzeugenden Film „Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv" über den Widerstand der Wyhler Bevölkerung gegen das geplante Atomkraftwerk, den wir am Sonntagabend im Waldhaus zur Asse gesehen haben, ist die Frage noch

brennender geworden: Warum ist bei den Anwohnern der Asse so wenig Protest zu verspüren? Dazu drei Thesen, die wir alle überprüfen und ergänzen müssen:

1. Wyhl war als Überraschung durch Atomindustrie und Regierung gedacht gewesen, während Asse II schon seit 1965 für Atommülleinlagerung benutzt worden ist und vorher jahrzehntelang als Salzbergwerk betrieben worden.
2. Wyhler Weinbauern mußten die geplante Anlage als unmittelbare Bedrohung für die Früchte ihrer Arbeit (guten Wein!) sehen, Asse-Kumpels haben — mit „leicht geändertem" Auftrag — weiter wie bisher gearbeitet.
3. Die Arbeitsplätze der Wyhler Weinbauern waren durch die geplante Atomanlage unmittelbar bedroht; die Arbeitsplätze der Asse-Kumpels wären durch die Stillegung der Atommülldeponie unmittelbar gefährdet. (Die noch gefährlichere Bedrohung durch radioaktive Strahlung wird nicht gesehen. Die Informationspolitik der GSF trägt das ihrige dazu bei.)

Am Sonntag, dem Hauptaktionstag, waren in der Asse nicht nur ungefähr 150 Atomkraftgegner, sondern auch viele Pfingstausflügler und manche Einheimische, die sich an den Informationsständen, durch die neue Asse-Broschüre und verschiedene Vorträge informieren, Liedern zuhören, sich an Spielen und der Errichtung eines Windgenerators und eines Sonnenkollektors beteiligen konnten. Am Spätnachmittag und Abend wurden Filme über Brokdorf und Wyhl gezeigt, die ungeteilte Zustimmung und Beifall fanden und die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns der verschiedenen Gruppen deutlich gemacht haben. Überlegungen über das Wie werden in den nächsten Wochen in den einzelnen Arbeitskreisen geführt werden, da eine grundsätzliche Diskussion am Sonntagabend zwischen Film und Musik keinen Platz mehr fand.

**Kontakt: Gerhard Kopiske**
**3500 Braunschweig**
**Humboldtstr. 21**

## MIT DEM FAHRRAD NACH PHILIPPSBURG

PHILIPPSBURG
7. Juni

In Philippsburg bei Karlsruhe soll laut Zeitungsmeldungen im Sommer der erste Block des Atomkraftwerkes in Betrieb gehen (Siedewasserreaktor, 860 MW), obwohl bisher
— die Atommüllbeseitigung nicht gelöst ist,
— kein Katastrophenschutzplan veröffentlicht wurde, usw.

Gegen die überstürzte Inbetriebnahme soll es am 17. Juni einen bunten, farbenprächtigen und informationsbestückten Fahrradkorso nach Philippsburg geben.
Abfahrt: 17. Juni 1977 (Feiertag) um 10 Uhr am Bismarckplatz in Heidelberg. (Bei schlechtem Wetter Treffpunkt 12 Uhr am Bauhaus in Heidelberg — Abfahrt mit Privatautos nach Philippsburg zur Rheinschanzinsel.)

Der Fahrradkorso geht über Sandhausen, Walldorf, Reilingen, Kirrlach (12 Uhr: Rathausplatz), weiter nach Waghäusel, Oberhausen, Philippsburg (ca. 13 Uhr, Marktplatz). Weiterfahrt zum ausgeschilderten Kundgebungsplatz, ca. 14 Uhr: Beginn der Kundgebung mit dem Kaiserstühler Landwirt und erfolgreichen KKW-Gegner Karl Meyer, Sprechern der Bürgerinitiativen, Songgruppe und Blaskapelle.
(Wer organisiert Mahnwache und Luftballonsstart?)
Unbedingt Proviant und Blumen mitbringen!
Rückfahrt nach Heidelberg: ca. 17 Uhr.

(Für alle Zurückgebliebenen und Einheimischen ist für 19 Uhr ein Treffen mit weiteren Informationen in Rheinsheim (Gaststätte "Löwen") vorgesehen.)

**Weitere Informationen über die Bürgeraktion Umweltschutz, Ostendstr. 2, 6833 Waghäusel 1**

## FAHRRADSTERNFAHRT ZUM TAG DER UMWELT

WESTBERLIN
8. Juni

Angespornt durch die Information, daß in Städten wie Stockholm, Mexico City, Amsterdam, New York, Sidney, London, Montreal und Paris große Fahrraddemonstrationen zum Tag der Umwelt am 5. Juni stattgefunden haben und stattfinden werden, beschloß die Bürgerinitiative Westtangente (BIW), eine solche auch in Berlin durchzuführen, um im größeren Rahmen auf Umweltprobleme und Umweltzerstörung aufmerksam zu machen.

Die Vorbereitung war sehr mühsam und es nahm mehr als zehn Wochen in Anspruch, um alle Genehmigungen für die Routen aus allen Himmelsrichtungen und den Platz für das Sommerfest auf dem Gelände der geplanten Stadtautobahn in Tiergarten einzuholen. Diese Planung mußte neben den übrigen Aktivitäten der BIW geleistet werden: zwei alternative Stadtrundfahrten (mit über 200 Teilnehmern) und das Schöneberger Frühlingsfest neben der geplanten Autobahntrasse mit etwa 2.000 Besuchern. Ab Anfang April wurde allein von der BIW etwa 20.000 Flugblätter und 30.000 Plakate in der ganzen Stadt verteilt, aber auch andere Intiativen machten eigene Werbeaktionen. Die verschickten Presseerklärungen und Artikel wurden von den alternativen Zeitungen und Stadtteilzeitungen durchweg abgedruckt, von den bürgerlichen Massenmedien meist ignoriert. Hier wurde wieder mal ersichtlich, wie wenig diese von ihrer Pflicht halten, Informationen weiterzugeben. Man kann also sagen, daß diese Aktion auch ohne Unterstützung der auflagenstarken Zeitungen großen Anklang gefunden hat.

Bei der Organisation erwies sich der im November gegründete Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Berlin (LBU) als geeignetes Koordinationsgremium, obwohl sich an der geringen Beteiligung anderer Bürgerinitiativen die Schwäche der Organisation offenbarte. Die Sternfahrt führte von elf Treffpunkten auf fünf Routen strahlenförmig auf den Platz der Republik vor dem deutschen Reichstagsgebäude in Tiergarten. Es trafen sich hier mindestens 2.000 Radfahrer aus ganz Westberlin und brachten bei der Einfahrt in den Tiergarten den Verkehr zum Erliegen. Während der Demonstration wurden von den Teilnehmern, die sich mit phantasievollen Protestplakaten bestückt hatten, Parolen gerufen, wie: „Stop dem Autobahnbau", „Nulltarif statt Automief", „Wir wollen keine Autobahn wir wollen lieber Fahrrad fahrn".

Das Sommerfest der Berliner Bürgerinitiativen begann bereits um 14 Uhr und war schon gut besucht, als gegen 16 Uhr die endlose Schlage der Radfahrer mindestens eine halbe Stunde lang vor dem Reichstag einfuhr. Hier informierten etwa 30 Initiativen (Umweltschutz, Mieter, Stadtteil- und Stadtteilzeitungsgruppen) auf 50 Metern Informationstafeln und mehr als 50 Metern Informations- und Büchertischen und gaben einen noch nie dagewesenen Überblick über die Arbeit der Bürgerinitiativen in Berlin. Natürlich gab es auch genug zu essen und

zu trinken und ein vorbereitetes Programm mit Jazzband, Theater, Zaubereien, politisches Kabarett, Westtangentenkampflied. Daneben fanden auf dem Rasen spontan Straßentheater, Gesang und instrumentale Darbietungen, Spiele für Kinder und Erwachsene statt.

## GÖTTINGER POLIZEIEINSATZ UND ANTI–AKW–BEWEGUNG

FRANKFURT 6. Juni *Die Frankfurter Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke schreibt in einer Presseerklärung zu dem Polizeieinsatz in Göttingen (s.ID 180) folgendes:*

„Am Freitag, den 27. Mai 1977, fand ein großangelegter Polizeieinsatz in Göttingen statt, von dem der dortige AStA, zwei Druckereien, das Büro des KBW, ein Buchladen und 17 Privatwohnungen betroffen waren. Als Grund für die Hausdurchsuchungen, die den legalen Rahmen weit überschritten (z.B. wurde Zeugen gedroht, man werde sie festnehmen, wenn sie nicht sofort aus den Wohnungen verschwänden), gab die Staatsanwaltschaft den umstrittenen Buback-Nachruf in der Göttinger AStA-Zeitung vom 25.4. und „zweckwidrige Verwendung von AStA-Geldern" an. In dem Buchladen, dem AStA-Büro und den Privatwohnungen wurde unter anderem Material zum Kampf gegen Atomenergieanlagen beschlagnahmt, angeblich um festzustellen, ob der AStA mit dem Aufruf und der Organisation zur Fahrt nach Brokdorf „zweckwidrig Gelder ausgegeben hat".

Bei der Begründung des Polizeieinsatzes drängt sich die Frage nach dem Zusammenhang von AStA-Aktivitäten mit der Druckerei, dem Buchladen oder dem KBW-Büro auf. Im Falle des Buchladens stellte ihn die Polizei folgendermaßen her: In dem Buback-Artikel war der zur Zeit in Köln laufende Prozeß gegen Karl-Heiz Roth und Roland Otto erwähnt. Der Buchladen aber ist die Kontaktadresse des Solidaritätskomitees für Roth und Otto. Der auf solche Weise hergestellte Zusammenhang beweist, daß der Polizeieinsatz auch noch andere Ziele als die angegebenen hatte. Er sollte den Staatsschutzorganen zur Informationsbeschaffung über Personen dienen, die sich kritisch mit den Mißständen in dieser Gesellschaft auseinandersetzen. Dazu gehören auch die AKW-Gegner. Diese Aktion ze igt klar die Mittel, die die Regierung einsetzt, um das Atomprogramm, den Bau und die Inbetriebnahme weiterer AKWs, der Wiederaufbereitungsanlage und anderer Atomprojekte durchzusetzen: Die Gegner dieser mörderischen Pläne sollen kriminalisiert werden.

Der Polizeieinsatz ist kein Einzelfall. Gegen Teilnehmer der Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde wurden ca. 300 Verfahren eingeleitet. wobei die Norddeutsche Kraftwerk AG (NKW), Bauherr des AKWs Brokdorf, mit Briefen an die Staatsanwaltschaft versuchte, auf den Verlauf der Prozesse Einfluß zu nehmen. Gegen Personen, deren Teilnahme an der Demonstration nicht nachgewiesen wurde, sollen Gesinnungsurteile gefällt werden. In einem Fall beantragte die Staatsanwaltschaft eine Geldstrafe von 800 Mark wegen „schweren Hausfriedensbruchs" gegen einen AKW-Gegner, nur weil dieser gewagt hatte, im Gerichtssaal seine Meinung, daß Platzbesetzungen ein legitimes Mittel im Kampf gegen AKWs seien, zu äußern.

Im Rahmen des „50-Millionen-Programms zur Terrorismusbekämpfung" ist geplant, die Bereitschaftspolizeien mit neuen Geräten zur „Bekämpfung von Gewaltaktionen gegen KKWs" auszustatten (Kosten bis 1978: 3,65 Mio DM). Im geplanten neuen Demonstrationsrecht soll der Schutz von Demonstranten gegen Übergriffe der Polizei – wie z.B. Gesichtsschutz, Zitronen und Helme – als eine Bewaffnung gegen die Staatsmacht gewertet werden und damit strafbar werden. Auch in Frankfurt sind Anfänge einer Kriminalisierung der BI festzustellen, indem Informationsstände von der Polizei fotografiert und gefilmt werden.

Wir wenden uns entschieden gegen alle diese Versuche, die AKW-Bewegung zu kriminalisieren und ihre Mitglieder einzuschüchtern und mundtot zu machen. Wir solidarisieren uns mit dem Göttinger AStA und mit den 300 Personen, gegen die aufgrund der Beteilig ung an Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde Verfahren eingeleitet wurden. Gleichzeitig erklären wir, daß die Maßnahmen des Staates uns nicht davon abhalten werden, den Kampf gegen die lebensbedrohenden Atomanlagen auch in Zukunft weiterzuführen!"

## HAUSGEMEINSCHAFT KAISER-JOSEPH-STR. 282

FREIBURG 7. Juni Am Montagmorgen, 6.6., 6.00 Uhr, erlebte Freiburg wieder eine Hausbesetzung. Diesmal traf es ein 12-Zimmerhaus in der Innenstadt, die Kaiser-Joseph-Straße 282. Das Haus stand seit Ende 1975 leer und trauerte so vor sich hin, da seine ganzen Einrichtungen noch voll in Ordnung waren, und es im Winter sogar noch beheizt wurde. Jetzt erfüllt es wieder seinen Zweck und blüht regelrecht auf, geschmückt mit Spruchbändern, Plakaten, Stellwänden und belebt mit vielen Freunden, Genossen, Sympathisanten und ab und an auch mal mit einem Spitzel.

Mit dieser Besetzung verfolgen wir mehrere in sich zusammenhängende Ziele: Einmal wollen wir die akute Wohnungsnot von 12 Leuten beheben, die alle den Wunsch haben, nicht isliert vor sich hinzutrauern, sondern in Wohn-/Hausgemeinschaft leben wollen. So haben wir das unmittelbare Ziel, unsere Besetzung durch einen Mietvertrag zu legalisieren.
Dann wollen wir gegen Häuserspekulation und die immer massiver werdende Umwandlung der City in eine Einkaufs-, Banken-, Verwaltungszentrum aktiv protestieren und auf die von allen beklagte Innenstadtentvölkerung hinweisen und deren Urheber benennen.
Zuletzt hoffen wir, daß durch unsere Aktion auch von anderen wieder erfahrbar wird, daß Widerstand gegen Besitzermacht, Stadtsanierung und eine vollkommen falsche Wohnungspolitik möglich ist.

**Verlauf und Erlebnis der Besetzung**

Schon länger fiel es auf, daß das Haus leerstand, aber erst seit ca. zwei Monaten fanden sich 15 Leute, die sich auf der Suche nach Wohnungen um leerstehende Häuser in Freiburg kümmerten. Die Wahl fiel dann auf die Kaiser-Joseph-Straße 282, weil sie für eine Besetzung die besten Voraussetzungen bot:
Der Besitzer, A. Selz, ist ein berüchtigter Freiburger Baulöwe, der schon viele seiner 1200 Mieter in Bedrängnis gebracht hat und noch bringt.
Das Haus ist Teil eines vorläufig fehlgeschlagenen Spekulationsprojektes, wodurch er erstmal nicht weiß, was er weiter kann und will. Das ergab ein völlig willkürliches Leerstehenlassen seit 1 1/2 Jahren.

Vortreffliche Lage zur Öffentlichkeitsarbeit in der Innenstadt. Große und geeignete Räume im Keller für Veranstaltungen. Die Nachbarhäuser sind ebenfalls von linken, teilweise Spontis, Studenten und 'Werktätigen' bewohnt.

Entsprechend dieser guten Voraussetzungen war auch die Reaktion der von uns erreichten Öffentlichkeit, die weit über die linke Szene hinausreichte: Am ersten Tag kamen hunderte von Leuten ins Haus und in das eingerichtete Kommunikationszentrum (Teestube, Küche, Aktionsraum), so daß ein unübersehbares, aber irgendwie selbstgeordnetes Chaos entstand. Wir wissen nicht wie, aber irgendwie gingen in den ersten beiden Tagen so 20.000 Flugblätter in die Stadt. Leute mit Möbeln, Matratzen, Herden, Kühlschränken, Rosen, Sekt, Kaffee und Kuchen kamen vorbei, malten Wandzeitungen, schnappten sich Flugblätter zum Verteilen, schrieben Lieder, Sketche....

Die Lokalpresse reagierte fast erschreckend positiv: Am Dienstag ein großer Artikel voller Verständnis ohne ein böses Wort.
In Gesprächen beim Flugblattverteilen in der Stadt und bei Diskussionen bis in die Nacht vorm Haus fanden die meisten gut, was wir gemacht hatten. Besonderen Eindruck machte, daß wir eine von uns festgelegte Miete von 1.000 DM gleich überwiesen (obwohl wir dem zwiespältig gegenüberstanden).

Kommentare zur Besetzung:
„Ich hab' mich nur gewundert, warum ihr solange damit gewartet habt."
„Geschieht dem Selz ganz recht! Solche Häuser gehörten dem weggenommen."
„Jetzt wird der Selz verwurschtet!"
Eine kleine Oma überlegte angestrengt 3 Minuten und sagte dann: „In der Straße... Nr... steht auch ein Haus leer. Kümmert euch mal drum."

Uns ist klar, daß die augeblickliche Euphorie nicht ewig dauern wird, die vorhandene Zurückhaltung von Besitzer, Politikern und Polizei ebenfalls nicht. Schwierigkeiten in der Besetzergruppe, mit Pennern, Parteieinmischungen usw. werden kommen.

Wir hoffen, die jetzt vorhandene Solidarität und weite Zustimmung in der Bevölkerung durch weitere Öffentlichkeitsarbeit, Zusammenarbeit mit Mieterinitiativen und Stadtteilgruppen uns zu erhalten, und daß sie auch in Handeln umschlägt, wenn andere akute Wohnprobleme bekommen und wenn wir aus dem Haus oder uns Knüppel zwischen die Beine geworfen werden.

**HERAUSGEBER:**
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
**Verantwortlicher Redakteur:**
Peter Michael Borch



## KEINE ZENSUR FINDET NICHT STATT

Frankfurt 9. Juni — Von Schülern der Frankfurter Bettinaschule bekamen wir folgenden Bericht:

In unserer Schule ist ein Beispiel repressiven Vorgehens gesetzt worden, das uns die Krone ins Gesicht schlug; es fing alles am 2. Juni an, an dem eine Benno-Ohnesorg-Wandzeitung von einem reaktionären Lehrer vom Schüler-Verwaltungsbrett abgerissen worden ist mit der Begründung, der Lehrer könne diese Wandzeitung mit dem Grundgesetz nicht vereinbaren. Dabei vergißt er, daß im Grundgesetz auch etwas über freie Meinungsäußerung steht, nur nebenbei gesagt. In Verbindung mit der Wandzeitung ist ein Flugblatt verteilt worden, das die Erschießung von Benno-Ohnesorg in Verbindung mit Schüleropfern schießwütiger Polizisten und dem Buback-Mord bringt. Aber dies war nur der Anfang. Eine zweite und dritte Wandzeitung, die beide von der SV unterschrieben waren und die Zensur unseres SV-Brettes beinhalteten, hingen auch nicht länger als 10 Minuten. Doch damit nicht genug, der Hammer kam in einem Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 8. Juni.

Unter der Überschrift: „Buback-Pamphlet an Bettinaschule" stand dort zu lesen, daß an der Bettinaschule ein Flugblatt verteilt worden sei, das sich in zynischer Form mit der Ermordung des Generalbundesanwalts Buback befasst..., daß der Polizei die Aussage einer Zeugin vorliege, wonach angeblich die Schulsprecherin zu den Verteilern gehört habe..., daß die Staatsschutzabteilung ein Exemplar der Flugblattes an die Staatsanwaltschaft weiterleiten werde, die dann über weitere Schritte entscheiden muß.

Der Direktor der Schule, Volker Dingeldey, GEW-Vorsitzender von Frankfurt, sagte laut FAZ, daß er es bedauere, daß die Hersteller und Verteiler des Flugblattes bisher noch nicht ermittelt werden konnten und daß er der Meinung sei, daß das Flugblatt aus dem universitären Raum stamme und daß der Inhalt „völlig absurd" sei.

Rektor Dingeldey rief die Eltern eines Schülervertreters an und meinte, sie sollten sich nicht wundern, wenn die Polizei mal vorbeikäme. Die daraufhin benachrichtigte Schulsprecherin erfuhr von Dingeldey, daß jetzt drei andere fortschrittliche Schüler auf der „Abschußliste" stehen. Inzwischen war nämlich der Beweis erbracht worden, daß die Schulsprecherin zur „Tatzeit" beim Arzt war.

Im folgenden das anonyme Flugblatt, das am 2.6.von Bettinaschülern verteilt wurde:

*„WIR TRAUERN UM DEN TOD VON BENNO OHNESORG UND VIELEN ANDEREN*
*Liebe Mitschüler, heute vor 10 Jahren (2. Juni) ist der Student Benno Ohnesorg auf einer Demonstration gegen den Besuch des Schah's von Persien von dem Polizisten Kurras erschossen worden. Bezeichnet man den Tod von Benno heute als Mord, so muß man mit Gerichtsverfahren rechnen !!!*

*Der damalige Freispruch von dem Beamten hat mittlerweile eine blutige Spur hinterlassen, deshalb nahmen wir den heutigen Tag zum Anlass, um um sämtliche Opfer des immer stärker werdenden Polizeiterrors zu trauern und um zu zeigen, daß wir das nicht mehr länger hinnehmen.!!! Einige Beispiele:*

*1.3.1972, der Lehrling Richard Epple wurde bei einer Verkehrskontrolle durch MP-Salven niedergemäht. Er fuhr ohne Führerschein und wollte sich der Kontrolle entziehen. Das Ermittlungsverfahren gegen den Polizsten Sielmann wurde eingestellt.!*

*30.4.1973, der 14-jährige Rudolf Frank wurde bei einer Verkehrskontrolle durch MG-Salven erschossen, der Beifahrer schwer verletzt. Er wollte sich der Kontrolle wegen fehlendem*

*Führerschein entziehen. – Vor kurzem (1. 1977) wurde der Schüler Peter Lichtenberg ermordet! Das Verfahren wurde eingestellt! (in Rodenbach beim spielen in einem leerstehenden Haus!)*

*Beim Fahren mit einem nicht zugelassenen Auto wurde am 5. Mai dieses Jahres ein Schüler auf einem Schrottplatz erschossen!*

*Diese wenigen Beispiele zeigen, wie unsicher wir heute vor der Polizei, unserem „Freund und Helfer" (?), sind.*

*Erschütternd ist allerdings auch, mit welcher Zynik solche Polizeiaktionen oder auch nur die brutalen Einsätze auf Demo's gerechtfertigt werden, , mit welchen Methoden solche Schweinerein vertuscht und heruntergespielt werden („Angst vor Terroristen" bla bla), Wenn man sich dagegen das Affentheater um den Tod von Buback ansieht, sollte man sich fragen, wer hier hier die Terroristen sind! Buback unter anderem für die Verhängung der Isolationshaft (führte zum Tod mehrerer politischer Gefangener), für den Ausschluß der Verteidiger im Stammheimer und anderer Schauprozesse, für die Abhärmaßnahmen im Knast!*

*EIN GRUND UM IHN ZU TRAUERN ? ? ? ? ?*
*Die Leute, die jetzt um den Tod von Buback trauern und wehklagen, unter dem verlogenen Motto „gegen Gewalt" zu sein, überall nach den „Symatisanten seiner Mörder" fahnden und in jeder Kampfaktion von Schülern und Studenten den „Terrorismus" wittern, sind natürlich dieselben, die sich die Vollendung von Buback's „Lebenswerk" auf die Fahnen geschrieben haben, z.B.: Legalisierung von Abhörmaßnahmen, – des Todesschusses, – Verschärfung des Demonstrationsrechtes!*

*Wie wär's denn gleich mit der Todesstrafe oder ist diese Forderung heute noch nicht massenwirksam genug?*

*Wenn solche Leute an die Macht kommen, dürften z.B. Verhaftungen in der Schule, Erschießung von harmlosen Menschen etc. der „gute Ton" sein, indem „aufmüpfige" Leute behandelt werden!*

*ANLÄSSLICH DES TODES VON BENNO FORDERN WIR DEN AUSFALL DES „NORMALEN UNTERRICHTS", UM DIE REPRESSION IN DIESEM LAND UND UNSEREN WIDERSTAND DAGEGEN ZU DISKUTIEREN !!!!!!!!!!!!!!!!"*

Am 9.6.77 wurde von der 19. Landesschülerratssitzung ohne Gegenstimme folgende Resolution verabschiedet:

*„Der Landesschülerrat stellt zu den Vorfällen an der Bettinaschule folgendes fest:*
*Der LSR stimmt mit dem Inhalt des anonymen Flugblattes nicht überein.*
*Der LSR wehrt sich gegen jegliche Einschüchterungsversuche und Zensur von aktiven Schülern und SV's und tritt für eine freie politische und gewerkschaftliche Betätigung ein.*
*Trotz Differenzen zum Inhalt solidarisiert sich der LSR mit den betroffenen Schülern und wehrt sich gegen administrative Maßnahmen."*

## ISOLATIONSHAFT AUFGELOCKERT

KÖLN 3. Juni — In dem Ermittlungsverfahren gegen Gerd Albartus und Enno Borstelmann, der jetzt geheiratet hat und Schwall heißt, denen Mitgliedschaft in der RZ vorgeworfen wird (außerdem sollen die beiden – so die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf – den Brandsatz in einem Aachener Kino gelegt haben, wo der Entebbe-Film lief), wurde am vergangenen Freitag der Haftbefehl erweitert. Aufgrund irgendwelcher ominöser Indizien (Fotos von bestimmten Häusern, die bei den beiden angeblich gefunden worden sein sollen) hat die Staatsanwaltschaft eine geplante Entführung konstruiert. Dennoch, so kündigte der Staatsanwalt bei seinem Erweiterungsantrag an, soll noch im Juli Anklage gegen die beiden Genossen erhoben werden. Am 5. Juli sitzen die beiden 6 Monate in U-Haft und das ist eigentlich eh die Höchstdauer von U-Haft in der BRD.

Ursprünglich hatten die Verteidiger von Gerd am Freitag einen Haftprüfungstermin beantragt, nach dem neuen erweiterten Haftbefehl jedoch, mit dem der Staatsanwalt in die Haftprüfung platzte, verlangten sie einen Termin in den nächsten 14 Tagen, um sich auf die veränderte Situation einstellen zu können. Obwohl Ennos Anwälte noch keine Haftprüfung verlangt hatten, setzte Richter Joeres der Einfachheit halber Ennos Termin zeitlich gleich hinter den von Gerd. Nur nach einigen juristischen Geplänkeln war er davon zu überzeugen, daß das wohl nicht so ginge, wie es für ihn am einfachsten sei.

Ein wirklich positives Ergebnis der Verhandlung war, daß die Haftbedingungen der beiden erleichtert wurden. Die Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen wurden den beiden jeweils in ihren Häusern (d.h. Teil des Knastes) erlaubt. Das bedeutet gemeinsamer Hofgang und Freistunden in den sogenannten Hobbyräumen. Nach fünf Monaten totaler Isolation ist das ein echter Lichtblick. Erfahrungsgemäß legt die Knastleitung bei solchen Ergüssen des Haftrichters erstmal „Gegenvorstellungen" ein, über die dann wieder entschieden werden muß. So hatte eine Besucherin von Enno eine schriftliche Erlaubnis des Richters, ihm am 11. März ne Thermoskanne und ne Menge Büroutensilien mitzubringen. Diese Klamotten hatte er, obwohl sie seitdem in Ossendorf bei seiner 'Habe' liegen, in der vergangenen Woche noch immer nicht ausgeliefert bekommen. Grund: Über die 'Gegenvorstellung' des Knasts dazu war noch nicht entschieden worden. Die Hafterleichterungen wurden jedoch noch am Freitag 'in Vollzug gesetzt'.

Im Mai hatte der Enno im Knast geheiratet und den Namen seiner Freundin angenommen. In einem Brief schreibt er als „kurzen Lehrgang in Herrschaftstechniken staatlicher Repressionsinstitute" über seine ersten Erfahrungen mit dem neuen Namen:

„....

Heute hatte ich denn auch meine erste Begegnung mit meinem neuen Namen. Und zwar war folgendes: Ich hab ein Schachspiel genehmigt bekommen; mit der Auflage, mir eins über den Knast besorgen zu lassen. Das heißt, ich muß n Antrag stellen (Knastjargon: Machense ma n Vormelder).Habe ich denn auch gemacht; mit neuem Namen. Der Schließer, dem ich das Ding in die Hand drücke – son Schlüsselmacker – hält das fürn schlechten Scherz und mosert mich an, was das soll. Ich erklär's ihm, sag: Ich heiß jetzt so. Sagt er: wie, haben Sie denn 'nen Doppelnamen? Ich: Nein, ich heiß jetzt Schwall, nur Schwall. Der Schließer: Na, dann schreiben se das mal dazu. Ich nehm das Ding und schreib also drauf („geb. Borstelmann" und geb dem Wichser den Antrag wieder. Guckt der mich da fassungslos an und bricht in hilfloses Gelächter aus, sagt: geborene Borstelmann, hahaha. Nachdem man sich also im stillschweigenden Einverständnis, daß ich wohl nicht richtig ticken könne, damit abgefunden hat, ist die Sache scheinbar erledigt.

Nach ner Stunde kommt der Macker wieder, erheblich ungehaltener, fährt mich an: Das geht so nicht, der Name existiert für uns nicht, schreiben se das nochmal mit ihrem richtigen, äh ihrem alten Namen. Ich sag, wieso, ich heiß aber doch so, das ist schon richtig. Er, verständnislos: Sie heißen für uns noch Borstelmann, der andere Name extistiert für uns nicht. Ich: Na, dann streichen se den Namen doch durch (auf dem Antrag stand ja nun immerhin Enno Schwall, geb. Borstelmann), ich sag, ist doch egal, streichen se Schwall geb. durch, dann steht

das doch richtig drauf, so wie ses haben wollen. Das Arschloch: Ich streich gar nichts durch, schreiben se das nochmal und eindringlich: Der Name existiert für uns nicht. Wenn se das nicht machen wollen, dann legen wir das hier hin und dann wandert's innen Papierkorb. Mit dem Unterton, wie kann man nur so blöd sein und nicht sehen, daß im Knast nicht ist was nicht sein darf. Hab ich also wutschnaubend den Antrag nochmal schreiben müssen. Das war mal wieder sone mehr als typische Sache. Einmal von der Sache als solche her gesehen: Selbst wenn ich nicht bei den Wichsern hier unter neuem Namen geführt werde, hab ich's ihnen ja immerhin nun gesagt, die wissen doch also bescheid, zweitens hab ich ja denn auch den alten Namen draufgeschrieben, sodaß selbst für Vollidioten wie Beamte eines Knasts die Sache wohl klarer nicht sein kann. Aber nein, muß neu geschrieben werden, was nicht in den Akten existiert, existiert auch real nicht. Unglaublich..."

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

Versandprobleme

1641 P

GUD'UN ENSSLIN

ASPERGSTR. 60 JVA

D-7000 STUTTGART 80

**Empfänger und Straße in 7 Stuttgart 80 unbekannt!** 1/?

## INGRID BARABAß UND CHRISTIAN MÖLLER: HAFTBEFEHLE AUFGEHOBEN

FRANKFURT Juni

Ingrid Barabaß und Christian Möller (s. ID 175) sind am 27.5. bzw. 2.6. (Haftprüfung) ohne Auflagen aus der U-Haft entlassen worden, da „nach dem gegenwärtigen Stand des Verfahrens kein dringender Tatverdacht nachweisbar ist."

Die sechs Wochen Knast-Isolation sollten dem Zweck dienen, — neben Abschreckung und Aussageerpressungsversuchen — die Identität der beiden Personen zu erforschen: „Wir klären derzeit das Umfeld der beiden Festgenommen ab." (Polizeiangabe in Hess. Nieders. Allgem. v. 26.4.77).

Beim Einbruch in die Wohnung geklaute Materialien belegen, daß der Staatsschutz Unterlagen, die den Mord an Ulrike nachweisen, vernichten wollte. Hierzu wird die Hilfskonstruktion: „mutmaßliche Mitglieder der Bankräuber-Bande" (HNA, 26. 4.77) aufgebaut.
Beweis: Im richterlichen Durchsuchungsbeschluß des AG Marburg wird angeordnet, daß „das vorgefundene Beweismaterial bezüglich der Planung der Taten bzw. der Beute aus den Taten in Verwahrung zu nehmen (ist) ..." Drei Tage später bestätigt der gleiche Richter die Beschlagnahmung „der ... in den Listen der Sonderkommission ... aufgeführten Gegenstände ..., da sie als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein können". In diesen Listen der SoKo sind u.a. folgende Gegenstände aufgeführt: Hungerstreikerklärung, ein Bogen „ein Genosse soll vernichtet werden", adressierte Briefumschläge an Croissant und Kaufholz (IUK), Liste der Politischen Gefangenen, Schreiben über „vorgetäuschten Selbstmord" an Ulrike, Gerichtsakte: Todesermittlungsverfahren U. Meinhof, Aktenordner „Mord Ulrike Meinhof" ... Das Beweisvakuum wird ersetzt: „die Beschuldigten (sind) dem linken Flügel der Anarchisten zuzuordnen und daher vorsorgliche Maßnahmen (d.h. Isolation, Anm.) geboten erscheinen."

„Wer wirklich empört, also betroffen und mobilisert ist, schreit nicht, sondern überlegt sich, was man machen kann."

## FOLTER 77 – IN WESTBERLIN VOM STAATSSCHUTZ GEMACHT UND VON DER ÖFFENTLICHKEIT SCHWEIGEND HINGENOMMEN

BERLIN 6. Juni

*Im letzten ID (180) haben wir über die brutalen Wahlgegenüberstellungen von Ralf Reinders und anderen berichtet. Die Bundesanwaltschaft nahm im Januar 1977 zu derartigen Maßnahmen bereits Stellung:*

„Die in dem Beschluß in der üblichen Form genehmigte Fesselung des Beschuldigten aus Sicherheitsgründen bei der beantragten Ausführung ist nicht zu beanstanden. Es bedarf keiner zusätzlichen Anordnung über die Zeit und Dauer der Fesselung, da sich dieses ausdrücklich aus Nr. 65 UVollzO (Untersuchungshaftvollzugsordnung) ergibt, wonach das Fesseln nur insoweit statthaft ist, als der Gefahrenzustand es erfordert und durch keine andere, weniger einschneidende Maßnahme abgewendet werden kann. Es sind keine Anhaltspunkte dafür erkennbar, daß bei der beantragten Ausführung gegen diese Bestimmungen der Untersuchungshaftvollzugsordnung verstoßen werden wird."

*Während der Gegenüberstellungen am 21./22. Mai 1977 wurden Redensarten der SEK-Beamten (Sondereinsatzkommandos) von den Gefangenen aufgefangen:*

„Der Fritz (gemeint ist Teufel) ist doch so vernünftig, komm, Ralfie (gemeint ist Reinders), mach den Kopf hoch" (zu Reinders, während die Knebelkette angezogen wurde).

Ein Beamter zu einem anderen: „Meiner fängt jetzt auch an." Antwort: „Na gib ihm doch."

„Na sieh mal, wie schön meiner steht."

Ein Beamter zu einem anderen: „Dreh mal fester, guck mal, wie schön meiner steht."

„Sieh mal, wie vernünftig meiner plötzlich ist, mach doch auch mal, gib ihm doch mal."

„Tritt ihm doch ins Kreuz."

*Die Gefangenen bemerkten, daß einige der SEK-Beamten am Samstag gegen Abend Alkoholfahnen hatten. Die Redensarten, mit denen die Folter begleitet wurde, wurden noch zynischer.*

Ein Beamter zu einem anderen: „Schaffst du das nicht, komm, laß mich mal, ich kann das gut."

Sieh mal, wie schön meiner Männchen macht."

„Reiß ihm doch die Haare aus, der Sau."

„Guck mal, der Ralf ist glaube ich Fakir." (Gemeint ist Reinders.)

„Fritze hat den Kopf schon hoch, mal sehen, ob er die Augen auch noch aufmacht. Zwei Umdrehungen sind noch drin, Fritze." (Ein Beamter zu Teufel.)

*Zu diesen Foltermethoden schreibt Henning Spangenberg (ein Anwalt):*

„Wie groß ist der Unterschied zwischen dem, was geschehen ist, und Chile, Iran, Brasilien, Südafrika? Ist überhaupt ein Unterschied da? Wenn ja, was macht den Unterschied aus?

Auf den Nenner gebracht haben Staatschutzbeamte so gehandelt: wenn du nicht den Kopf hebst, die Augen öffnest und wenn du nicht aufhörst, das Gesicht zu verziehen, zerschneide ich dir mit der Knebelkette das Handgelenk — und zwar langsam. Ist es überhaupt noch ein Schritt dahin, daß ein Staatsschutzbeamter zu einem Gefangenen sagt: wenn du nicht aussagst, und zwar das, was ich hören möchte, zerschneide ich dir mit der Knebelkette das Handgelenk — und zwar langsam?

Derweil reduziert sich das Interesse der Medien offenbar darauf, daß Teufel einem Vertreter der Bundesanwaltschaft in das Gesicht geschlagen hat.

Verschwiegen wird, daß die Gefangenen bewußt in besonders schmerzhafter Weise — und zwar mit einem hierzu hervorragend geeigneten Instrument: der Knebelkette — mißhandelt worden sind, weil ein bestimmtes Wohlverhalten von ihnen gefordert wurde.
Verschwiegen wird, daß es sich nicht um einen einzelnen Übergriff handelt, sondern um ein offenbar geplantes Vorgehen.
Verschwiegen wird, daß dies alles unter der Aufsicht eines Vertreters der Bundesanwaltschaft geschah.

Die Bundesanwaltschaft und auch die Abteilung Staatsschutz der Westberliner Polizei wußte, daß die Verteidigung das, was geschehen ist, veröffentlichen würde. Das hat sie nicht davon abgehalten, die Gegenüberstellung so durchzuführen wie beschrieben. Es ist Verlaß auf die Presse.

Wer schützt also die Gefangenen vor Folter? Wer regt sich, wenn so etwas das nächste Mal geschieht oder wenn die nächste Stufe der Eskalation erklommen wird? “

## BESUCHSVERBOT BEI WALTRAUD BOOCK

DÜSSELDORF
Mai 1977

„Im Zusammenhang mit einem durch einen Rechtsanwalt an die deutsche Botschaft in Wien gerichteten Schreiben, das dazu auffordert, den Sachverhalt einer unrechtmäßigen Abschiebung dreier deutscher Staatsangehöriger aus Österreich aufzuklären und bei den zuständigen Behörden Protest dagegen einzulegen, wenden wir uns an die Öffentlichkeit, nachdem die deutsche Botschaft nicht innerhalb der gesetzten Frist von vier Wochen reagiert hat.

In Österreich konnten wir durch die Festnahme der Deutschen Waltraud Boock in Wien konkret verfolgen, wie die BRD im Ausland mit ihren Polizeiagenten kaum wahrnehmbar aus dem Hintergrund operiert, wenn es um die Vernichtung antiimperialistischen Widerstandes geht. Sofort nach der Festnahme Waltraud Boocks am 13. 12. 1976 reisten zwei hohe Polizeibeamte der Abteilung TE des Bundeskriminalamtes Bonn, ausgestattet mit umfangreichen Fahndungsunterlagen, nach Wien, um bei Verhören und der weiteren Fahndung aktiv mitzuarbeiten.

Mit Hilfe dieser „Berater“ hat offenbar die österreichische Justiz unter Federführung der Staatspolizei das Projekt der BRD übernommen, politische Gefangene in der Isolation zu zerstören. Bei der Behandlung Waltraud Boocks findet dieses Projekt seinen konkreten Ausdruck in der Absicht, sie insbesondere von sozialen Kontakten zu Freunden, Genossen und einer — wenn auch schwachen — mobilisierten Öffentlichkeit in der BRD abzuschirmen. Vom Moment ihrer Festnahme an wurden Briefe angehalten, generell alle Besuchsanträge aus der BRD abgelehnt bzw. nicht beantwortet und Besuche der Verwandten behindert und mit Abbruch bedroht, wenn das Gespräch die Haftsituation auch nur streifte. Ein Verteidiger aus der BRD wurde nicht zugelassen, der bürgerliche Anwalt aus Wien in jeder Phase seiner Tätigkeit behindert. Die illegale Öffnung der Anwaltspost durch den zuständigen Richter Dr. Edwin Schulz machte selbst in der äußerst reaktionären Wiener Presse Schlagzeilen.

Die konsequente Fortsetzung dieser Linie war dann Anfang Februar 1977 ein Schnellgerichtsverfahren, in dessen achtstündigem Verlauf Waltraud Boock wegen „Bankraubes“ zur Höchststrafe von 15 Jahren verurteilt wurde. Ein betont „unpolitischer“ Prozess mit einem offen politischen Urteil. Wegen zweier gravierender Verfahrensfehler ist gegen dieses Urteil die „Nichtigkeitserklärung“ beantragt, was bedeutet, daß der Prozess wiederholt werden muß. Auf diesem Hintergrund ist die Reise von drei Mitgliedern der Russell-Arbeitsgruppe „Haftbedingungen politischer Gefangener“ zu sehen, um persönlich wegen einer Besuchserlaubnis im Landesgericht Wien vorzusprechen.

Am 29.3. — man kann es im nachhinein nur als eine Panne bezeichnen, deren Ursache mangelnde Kommunikation zwischen Justiz und Wiener Staatspolizei sein muß — gab Landesgerichtsrat Dr. Edwin Schulz einem der drei eine sofort vollziehbare Besuchsgenehmigung und sagte für Donnerstag,den 31.3. einen weiteren Besuch verbindlich zu.

Als die drei dann am Donnerstag bei Dr. Schulz wegen der zugesagten Genehmigung vorsprachen, wurden sie zunächst unter Vorwänden über eine Stunde hingehalten, dann nach Bekanntgabe der Ablehnung des Besuchs im Treppenhaus des Landgerichts von bewaffneten Beamten der Wiener Staatspolizei — Gruppe 3 — festgenommen und in Handschellen sowie unter strengster Bewachung in die Wiener Bundespolizeidirektion verbracht.

Unter Vorgabe einer „fremdenpolizeilichen Überprüfung“ und der Drohung, ohne rechtliches Gehör zu finden zwei Monate und auch länger in „Schubhaft“ genommen zu werden, wollte man Aussagen darüber erpressen, wo sich die drei in Wien aufgehalten und zu wem sie Kontakt aufgenommen hatten. Dieses Bemühen blieb erfolglos und so wurden alle drei nach erkennungsdienstlicher Behandlung mit der Auflage eines generellen Einreiseverbots für Österreich noch am Abend in einem Konvoi unter schwerster Bewachung durch die Staatspolizei am Grenzübergang Salzburg in die BRD abgeschoben.

Abermals ausgesprochene Begründung für die ganze Aktion: „ Wir wollen nicht, daß die Boock besucht wird!“
Veranlaßt wurde dies auf Betreiben des BRD-Staatsschutzes: die Wiener Staatspolizei erhielt in der letzten Märzwoche ein sogenanntes “Aviso” des Verfassungsschutzes, womit die Reise der drei nach Wien, um Waltraud Boock zu besuchen, angekündigt wurde.

Inzwischen suchen deutsche Staatsschutzbeamte mit den in Wien angefertigten erkennungsdienstlichen Unterlagen „zur Feststellung der Identität“ die Angehörigen der Abgeschobenen auf.

In der österreichischen Presse erschienen mehrere Artikel, die unter dem Vorwand, der Aufenthalt der drei Deutschen in Wien wäre ein Beweis dafür, daß „deutsche Terroristen in Österreich Stützpunkte suchen“, der Öffentlichkeit suggerieren sollen, daß auch Österreich sich dem Antiterrorismus-Konzept der BRD anschließen muß und daß es notwendig ist, die Wiener „Sympathisanten der Terroristen“ aufzuspüren.

Einmal mehr zeigt sich für uns die Notwendigkeit des Kampfes gegen ein Europa unter Germano–Amerikanischer Vorherrschaft und die Forderung nach einem Haftstatut für politische Gefangene, das den Minde stgarantien der Genfer Konvention von 1949 entspricht!

Für diese Forderung hatte sich auch Waltraud Boock dem Hungerstreik über 100 politischer Gefangener in der BRD angeschlossen.

12. Mai 1977
Russel–Initiative Düsseldorf"

Kontaktadresse: Russell–Initiative, Postfach 3021, 4000 Düsseldorf 1

## NOCHMAL ZUR PRÄVENTIVZENSUR

BIELEFELD
2. Mai

*Im ID 177 wurde über die Rolf Löchel gegenüber verhängte Präventivzensur berichtet. Mitarbeiter der Zeitung „Gegenknast" berichten ihre Erfahrungen mit den Behörden:*

..Wir geben seit wenig mehr als einem Jahr den „Gegenknast" heraus, eine Zeitung mit Knastinformationen. Der Gegenknast wird mittlerweile vielen Gefangenen mit der Begründung, er gefährde die Sicherheit und Ordnung der Anstalt und enthalte außerdem verzerrende, verleumderische und zumeist falsche Meldungen über angebliche Vorkomnisse in bundesdeutschen Haftanstalten, nicht ausgehändigt.

Die ersten vier Ausgaben des Gegenknast zeichnete Inga Schäfer als presserechtlich Verantwortliche und gab ihre Adresse als Kontaktadresse an. Die „Folgen" waren bisher:

– Besuchsverbot in Werl. Der Besuchsantrag eines Gefangenen in Werl für Inga wurde mit dem Hinweis auf § 25 STVG abgewiesen (Gefährdung der Sicherheit und Ordnung, Ausübung eines schlechten Einflusses auf den Gefangenen, Behinderung seiner Eingliederung durch den Besuch). Anstaltsbedie nstete sagten dem Gefangenen, daß er den Kontakt zu Inga besser abbrechen sollte, denn die habe Kontakt zu Anarchisten und versuche andere dahingehend zu beeinflussen, Terrorist zu werden. Der Gefangene hatte vorher weder brieflich noch sonst irgendwie Kontakt zu Inga gehabt. Auf ein entsprechendes Schreiben von Inga an Ihle, Knastleiter von Werl, antwortete der, er habe nichts gegen einen Besuch einzuwenden, er sei sogar interessiert, einige allgemeine Fragen mit ihr zu besprechen. Zu derselben Zeit hat sich der Gefangene von uns und dem Gegenknast, den er nie ausgehändigt gekriegt hat, distanziert!

– Postverbot zu Gefangenen. Am 10.11.76 legt Peter Schönwiese in Lübeck gegen einen Beschluß Beschwerde ein, in dem ihm der Briefverkehr mit Frau Inga Schäfer, Bielefeld, untersagt wird. In der Abweisung der Beschwerde heißt es:
„Frau Schäfer, – verantwortliche Redakteurin des Druckerzeugnisses „GEGEN–KNAST" – bedeutet durch ihre redaktionelle Tätigkeit eine Gefährdung der Ordnung in der Anstalt und übt durch die Verbreitung ihrer Meinungen einen schädlichen Einfluß auf Sie aus.
Dies ergibt sich bereits aus der ersten, im Jahre 1976 erschienenen Ausgabe des „GEGEN–KNAST". Dort werden unter anderem alle Leser aufgefordert, sich mit Aktionen der „Roten Hilfe" solidarisch zu erklären und „sich gegen jede Form von Repression und Unterdrückung im Knast aktiv zur Wehr zusetzen." (S.25)
Ferner wird die Absicht erklärt, die Arbeit des Gefangenenrats in Frankfurt zu unterstützen (S.10). Diese Zielsetzung des „GEGEN–KNAST" hat sich bis heute nicht geändert. Jede Ausgabe enthält grob unrichtige Angaben über Anstaltsverhältnisse, unsachliche Kritik an Tagesereignissen und fordert zur Änderung der bestehenden Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland auf.
(...)
Außerdem ergibt sich aus der Zielsetzung des „GEGEN–KNAST" und der darin von Frau Schäfer vertretenen Meinungen, daß der Briefwechsel mit dieser Frau nicht Ihrer Wiedereingliederung in die Gesellschaft dient."

– Der größte Hammer ist jedoch ein generelles Kontaktverbot zu allen hessischen Gefangenen. Als Inga mit zwei anderen Frauen zu einem Besuch, der ausdrücklich für alle drei genehmigt ist, nach Kassel fährt, wird ihr plötzlich mitgeteilt, daß sie nicht reinkäme, da es einen Erlaß des hessischen Ministers der Justiz, Günther, gebe, der bestimme, daß kein Gefangener aus einer hessischen Strafanstalt Kontakt zu Inga bekommen dürfe und umgekehrt. Vorher waren bereits einige Breife von Inga an Gefangene aufgehalten worden, jedoch ist der Grund weder Inga noch dem jeweiligen Gefangenen eröffnet worden. Der Erlaß konnte in Kassel nicht vorgelegt werden, Günther hat sich auf ein entsprechendes Schreiben bisher noch nicht gemeldet. Grund kann allerdings nur wie oben, der Gegenknast sein.

Das ist die Strategie der Justiz, mit unbequemen Nachrichten und den damit in Verbindung zu bringenden Leuten fertig zu werden, indem sie die Nachrichten als verleumderische Falschmeldungen deklariert, und den Leuten jeglichen Kontakt in den Knast abzuschneiden versucht und sie in die terroristische Ecke stellt, was nun nicht gerade das Neuste ist. Diese Strategie muß die Justiz anwenden, um das (falsche) Bild vom humanen Strafvollzug aufrecht erhalten zu können.

Zum Gegenknast: der nächste erscheint Anfang Juni. Da wir sehr wenig Geld haben, bitten wir alle, die noch kein Abo haben und interessiert sind, uns zu schreiben. Wir schicken zur Zeit 170 Stück in den Knast, umsonst, jedesmal 1,60 DM Briefporto, sind daher auf zahlungskräftige Abonnenten angewiesen."

Adresse: B. Soffel, Buddestr. 1, 48 Bielefeld 1
Spendenkonto: Sparkasse Bielefeld, Konto-Nr. 791 061

## HAUSDURCHSUCHUNG WEGEN § 88 a

LÜNEBURG
7. Juni

*Nachdem das Melbecker Büchertischkollektiv bereits am 20. März 1977 einen Besuch vom politischen Kommisariat Lüneburg hatte (ID 175), wurde es am 6. Juni mit einer offiziellen Hausdurchsuchung beehrt. Wir erhielten folgenden Bericht.*

„Heute, Montag, dem 6. Juni 1977, wurde eine Hausdurchsuchung in einem Privatraum und in gemeinschaftlich genutzten Räumen des Büchertischkollektivs an der Pädagogischen Hochschule (PH) Lüneburg in Melbeck durchgeführt. Gegen 8.00 Uhr morgens war das Haus und die Zufahrtsstraßen von mindestens 9 Einsatzfahrzeugen der Polizei umstellt bzw. abgeriegelt. Die Fahrzeuge waren mit über 30 Beamten besetzt. Die Beamten drangen in die Wohnung ein und weckten in dem nächstgelegensten Zimmer einen Bewohner. Sie fragten nach der im Hausdurchsuchungsbefehl genannten Person (Person aus der Kontaktadresse des Büchertisch-Kollektivs). Da diese Person nicht im Hause war, forderten die Beamten zwei Bewohner auf, als Zeugen an der Durchsuchung der Räume teilzunehmen.

Der Hausdurchsuchungsbefehl des Amtsgerichts Lüneburg vom 24.5.1977 wurde wegen angeblichen 'Vergehens nach § 88a StGB' ausgestellt. Gesucht wurde nach Auskunft eines Beamten 'Material, das gegen den § 88a StGB verstößt'. Gemeint ist die Dokumentation "88a in Aktion oder wie man Bücher verbrennt, ohne sich die Finger schmutzig zu machen". Herausgeber: 60 Verlage und Buchhandlungen aus der Bundesrepublik einschließlich des Büchertischkollektivs.
Acht Beamte des Kommissariats 7 der Lüneburger Kriminalpolizei (politische Polizei) durchsuchten in Gegenwart von drei Bewohnern die Räume. Neben mehreren Dokumentationen über politische Haft, politische Verfolgung und allgemeine Repression in der Bundesrepublik sowie dem „Bommi-Baumann-Buch" wurden auch persönliche Notizen wie Taschenkalender, Adressen und persönlicher Schriftverkehr beschlagnahmt. Darüberhinaus wurde sämtliche Korrespondenz mit Buchhandlungen und Verlagen eingezogen. Nach etwa 2 Stunden war die Hausdurchsuchung beendet. Anschließend beschlagnahmten die Beamten in der PH Lüneburg ein Dokumentations-Plakat, das sich gegen die bisher durchgeführten Ermittlungen im Rahmen des § 88a StGB wendet und am Schwarzen Brett hing."

## POLIZEI VERNICHTET FILME VOM POLIZEIEINSATZ

FRANKFURT 8. Juni *Zwei Frankfurter sind zufällig Augenzeugen einer nächtlichen Polizeirazzia im KBW-Hauptquartier geworden. Sie wollten den Einsatz fotografieren. Was daraufhin passierte, ist Text einer Strafanzeige, die sie gestellt haben:*

In der Nacht vom ersten auf zweiten Juni fuhren wir einen Bekannten nach Hause. Auf unserem Heimweg sahen wir unheimlich viele Streifenwagen und einige VW-Busse auf der Mainzer Landstraße (Güterplatz). Zu diesem Zeitpunkt wußten wir noch nicht, daß der KBW dort ein Haus gekauft hatte. Wir hielten an und gingen mit unseren Kameras auf die gegenüberliegende Straßenseite. Von dort sahen wir das ehemalige Libri-Haus mit einem KBW-Transparent. Einzelne Leute wurden von jeweils vier bis fünf Polizisten herausgeführt, abgetastet, in Autos verladen und weggefahren. Wir wollten das Aufnehmen, aber noch beim Einstellen der Kameras rannten drei Uniformierte über die Straße, riefen: „Film raus!" und griffen nach den Kameras. Eine riß vom Riemen und knallte auf den Boden. Da sie die Filme selbst nicht rauskriegten, drohten sie uns, die Kameras wären weg, wenn wir die Filme nicht rausrücken würden. Wir haben die Filme dann rausgemacht, aber auch nach Name und Dienstnummer gefragt, worauf wir wieder nur Drohungen ernteten. Als die Kameras offen waren, hat einer gleich reingelangt und nach dem Film gerissen. Als sie den Film dann hatten, haben sie den unbelichteten Rest noch aus der Patrone gerissen und dann mitgenommen. Bei der ganzen Sache hat sich besonders einer hervorgetan, der von seinen Kollegen „Otto" genannt wurde.

Wir haben eine Strafanzeige und eine Dienstaufsichtsbeschwerde gestellt, deren Text wir auch an die Frankfurter Rundschau, an die Frankfurter Allgemeine Zeitung, an den Asta und an die Hauptwache weitergegeben haben.

## GERICHT WILL „KURZEN PROZESS" MACHEN

### PROZESS GEGEN ROBERT JAROWOY UND WERNFRIED REIMERS

FRANKFURT 9. Mai Am 2. und 7.6.77 wurde der den beiden Genossen zur Last gelegte 'Überfall auf ein Darmstädter Reisebüro' verhandelt.

Der Überfall soll sich so abgespielt haben: ein „Großer" und ein „Kleiner" hätten nach Geschäftsschluß den Reisebüroinhaber samt Familie mit Waffengewalt gezwungen, die Tageskasse herauszugeben. Der „Große" und der „Kleine" seien schließlich durch den Hinterausgang des Geschäfts geflohen — verfolgt von der ganzen Familie.

Der Reisebüroinhaber starb bei der Verfolgung an einem Herzinfarkt. Als Zeugen waren die Witwe des Reisebüroinhabers und deren Sohn geladen.
Sie sagte aus, sie habe das Gesicht des „kleinen Räubers' nicht gesehen, da er sich bei dem Überfall im Hintergrund gehalten habe. Dann bei der Gegenüberstellung — nach der Verhaftung von Robert — „als sie ihn so figürlich vor sich hatte, da dachte (sie): das ist er".
Ihr Sohn konnte bei der direkten Gegenüberstellung niemanden erkennen. Als ihm dann Lichtbilder von der Polizei vorgelegt wurden, identifizierte er den 'Großen' „sofort" und den 'Kleinen' „nach genauerem Angucken".

Der dritte Zeuge, der sein Geschäft (Boutique für die reife Dame) nah am Hinterausgang des Reisebüros hat, sah, wie zwei Männer vorbeirannten und die Reisebüroinhaber hinterher. Bei seiner damaligen polizeilichen Vernehmung sagte er aus, daß er sie nicht wiedererkenne. Heute meint er, beide 'Räuber' wären 2 bis 3 Sekunden vor seinem Laden stehengeblieben und dann erst weitergelaufen — so daß er sich die Gesichter genau angucken konnte.
Auf Vorhaltung der Verteidigung bezüglich seiner polizeilichen Aussage meinte der Zeuge, „es sei ihm schleierhaft, daß er damals sagte, er würde sie nicht wiedererkennen".

Der vierte Zeuge nun, der zwei Männer dicht an sich vorbeirennen sah, sagte bei seiner polizeilichen Vernehmung, der 'Kleine' habe eine Augenklappe getragen, ein Zweifel seinerseits sei ausgeschlossen. Bei der Verhandlung am 7.6.77 wollte er davon jedoch nichts mehr wissen.

Der letzte Zeuge, der die weggeworfene Waffe gefunden hatte, konnte keinen der 'Räuber' erkennen.

Nach der Zeugenvernehmung legte das Gericht eine zweieinhalbstündige Pause ein, um zwischen-zu-beraten.
Nach der Beratung überraschte das Gericht die Verteidigung und die Staatsanwaltschaft (? ) mit dem „fairen Angebot", das Verfahren zu beschränken, und ausschließlich die Überfälle in Bonn und Darmstadt, die Bildung einer kriminellen Vereinigung und den versuchten Überfall auf ein Lichtspieltheater in Hamburg zu verhandeln. Das Gericht wolle dazu auch keine Zeugen mehr hören.

Dazu ist zu sagen, daß — außer den Aussagen zu dem Überfall auf das Darmstädter Reisebüro — die übrigen Aussagen ausschließlich vom Kronzeugen Harry Schäfer stammen. Schäfer, der während der Verhandlung ohnmächtig wurde, einen psychogenen Stupor erlitt und laut Gutachter vernehmungsunfähig ist (s. ID Nr. 176 f) — allein aufgrund dieser richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Vernehmungen gedenkt das Gericht zu urteilen.
Es räumte zwar ein, daß die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen Schäfer ja erst noch geprüft werden müsse, die Verteidigung hätte ja noch entsprechende Anträge, aber — und das wurde deutlich — das Gericht zweifelt die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen nicht an, denn — so die Kammer — man könne sich

vorstellen, daß bereits in zwei Wochen die Plädoyers gehalten werden.

Hierzu ist zu sagen, daß das Gericht – die 23. Strafkammer – für Anfang September den Prozeß gegen den Gefangenenrat terminiert hat und somit unter Zeitdruck steht.

Am 14.6.77 wird sich nun die Staatsanwaltschaft und die Verteidigung dazu äußern, ob sie ihrerseits das „faire Angebot" des Gerichts annehmen werden.

**Also, am 14.6.77 um 9.15 Uhr im Landgericht, Gebäude A, Raum 146, gehts weiter.**

## RECHT UND ORDNUNG DES LANDESKIRCHENAMTES = NOTSTAND FÜR DIE ESG

HANNOVER 8. Juni *Die Evangelische Studentengemeinde Hannover hat am 26. Mai mit einem Fest ihrem Haus in der Ludwig-Bruns-Straße den Namen Thomas-Müntzer-Haus gegeben. Das war zuviel für das Landeskirchenamt; es schritt ein – was der Mitarbeiterkreis der ESG davon hält, ist in der folgenden Erklärung festgehalten:*

„Am Dienstag, 31.5.77, gegen 18 Uhr schickte das Landeskirchenamt (LKA) Hannover die Herren Bruch, Grüneklee und Voigtmann ins Thomas-Müntzer-Haus. Sie verriegelten die Räume mit Steckschlössern und drohten den anwesenden Studenten des Mitarbeiterkreises mit Klage wegen Hausfriedensbruch. Da wir die Räume nicht verlassen wollten, riefen die Landeskirchenamt-Vertreter Polizei ins Thomas-Müntzer-Haus. Als Begründung für diese Maßnahmen dient die Benennung nach dem Theologen und Revolutionär Müntzer. Die Konsequenzen dieser Maßnahmen haben alle Gruppen zu tragen, die unsere Räume zu Arbeit, Veranstaltung, Feiern nutzten.
Am 27. Mai wurde Thomas Müntzer vor Mühlhausen hingerichter – 1525. Warum sieht das Landeskirchenamt heute eine Gefahr in seinem Namen, gegen die es so vorgehen müßte?

Der landesherrliche Akt vom 31.5. hat eine lange Vorgeschichte, ein Teil davon ist die Personalpolitik mit den Stellen hauptamtlicher Mitarbeiter in der ESG: Das Landeskirchenamt läßt seit mehr als drei Jahren eine dieser Stellen unbesetzt; der zweite Studentenpastor, H. Bergengruen, wird zum Ende des Wintersemesters zwangsversetzt; mehr als 15 Kandidaten für die Stellen werden abgelehnt – einer davon ist jetzt Studentenpfarrer in Braunschweig; gegen das Votum der ESG werden ab 21.2. zwei Vakanzvertreter eingesetzt; zum 1. August will das Landeskirchenamt drei neue Popen einsetzen – die ESG wird dabei nicht mehr gefragt.

Gegen all diese Schikanen haben wir unsere Arbeit fortgesetzt, weil uns wichtig ist, daß Atomenergie und der Widerstand dagegen gründlich weiterdiskutiert wird; weil wir uns in einer Situation, in der die Bundesrepublik die Grundrechte ihrer eigenen Verfassung untergräbt (§ 88a, 'Terroristen'-Gesetze, Todesschuß, Verschärfung des Asylrechts etc.), die Diskussion darüber nicht verbieten lassen; weil wir die Fragen zu Theologie und Kirche diskutieren, die unserem Interesse entsprechen; weil die Diskriminierung ausländischer Studenten solidarische Unterstützung für sie notwendig macht.
Wegen dieser Arbeit greift uns dieses Landeskirchenamt an, die Kirchenfunktionäre aus der Roten Reihe setzen gegen unsere Inhalte ihren studentenfeindlichen bürokratischen Machtapparat.

Die Inhalte unserer Diskussion und Aktionen sind dem Landeskirchenamt unliebsam. Während wir versuchen, die für Studenten wichtigen Fragen aufzugreifen und weiterzubringen, richtet sich das Landeskirchenamt an den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen aus. Grüneklee: „In der ESG muß alles nach Recht und Ordnung zugehen." Vizepräsident Meyer überlegt, ob beispielsweise ein Wort des LKA zu Folter und Unterdrückung im Iran opportun sei. Vakanzvertreter Meyer erklärt: „Es gibt Situationen, in denen man undemokratisch sein muß. Das LKA ist keine demokratische Institution." Aus all dem spricht die Ignoranz dieser Herren gegenüber unserer Arbeit, sie wissen nur, daß die ESG zu laut die Wahrheit sagt, deshalb muß sie „pluralistischer werden". Weil dem Landeskirchenamt die Argumente für die inhaltliche Auseinandersetzung fehlen, will es jetzt mit den Mitteln des Hausrechts und der Personalpolitik „einen neuen Anfang setzen".
Selbst Vertreter Meyer war von der Aktion am Dienstag nicht informiert worden; er konnte – sichtlich verwirrt – nicht Stellung nehmen. Auch das spricht für die bürokratische Manier der LKA-Methoden.

Gegen die Doppelmoral des Landeskirchenamtes, das sich über jede Menschlichkeit und jedes Recht hinwegsetzt, hoffen wir auf die Unterstützung aller, die ein Interesse an der ESG haben. Unsere Arbeit ist nicht mit Türen zu verschließen; wir arbeiten weiter. Das LKA kann autoritär-administrativ das Thomas-Müntzer-Haus verriegeln, der Name Thomas Müntzer bleibt für dieses Haus in der Ludwig Bruns Straße. Nach dem Recht und der Ordnung der Landeskirche (Agende 4) wurde das Haus mit dem Fest am 26. Mai getauft.
Wir fordern alle Studenten, alle Gruppen und Einzelpersonen in Hannover, die Kontakt zu uns haben, die aktiv in der ESG mitarbeiten und die Interesse an unserer Arbeit haben, zu Protesten an das LKA auf: **LKA, Rote Reihe 6.**

**Mitarbeiterkreis ESG Hannover, Thomas-Müntzer-Haus, Ludwig-Bruns-Straße 9–11, 3 Hannover**

## FREISCHWIMMEN IM UNI–HALLENBAD

BIELEFELD 8. Juni *Aus der Schwimm-Equipe in Bielefelds Uni erhielten wir einen ersten Situationsbericht:*

Etwa seit Herbst 76 wurde in dem neuen Unigebäude auch ein schönes Hallenschwimmbad fertiggestellt – was aber noch lange nicht heißt, daß man es nun auch benutzen konnte. Nein, das Wissenschaftsministerium genehmigte nicht die Stelle für den Bademeister, der für den Betrieb ja nun unbedingt notwendig ist. Auch Verhandlungen mit der Stadt Bielefeld, die einen Teil der Betriebskosten übernehmen soll – damit im Gegenzug auch die Bevölkerung das Bad mitbenutzen darf – verliefen bisher negativ. Alle Interessierten wurden ständig vertröstet – irgendwann mal ja, wird vielleicht eröffnet.

Am 10.5. zur Mittagszeit passierte es endlich, wir Studenten eröffneten selber das Bad. Dazu wurde außen an der Glasfront des Schwimmbades eine große Scheibe herausgeschraubt (und hinterher wieder entsprechend eingesetzt), um dann von innen die eigentlichen Eingangstüren zu öffnen. In der Unihalle und vor der Mensa wurde das 'Schwimmbadlied' gesungen und die Leute aufgefordert, mit ins Bad zu kommen. Bald waren etwa 30 Leute im Wasser und mindestens nochmal so viel innerhalb der Halle, während sich draußen vor den Scheiben des Hallenbades bald eine große Menge von neugierigen Zuschauern ansammelte.

Waren am nächsten Tag noch einige Leute der Verwaltung bereit, uns zu unterstützen, indem sie freiwillig Türen öffneten, so wurden wir in den darauffolgenden Tagen immer stärker behindert. Vor einzelnen Türen wurden Riegel erst angeschraubt, dann angeschweißt, sämtliche elektrische Anlagen (warme Duschen, Licht, Fön) wurden abgeklemmt und durch die ständige Zufuhr von frischem Leitungswasser sollte uns auch auf diese Weise der Spaß genommen werden. Trotzdem ließen (und lassen) wir es uns nicht nehmen, auch an den nächsten Tagen wieder schwimmen zu gehen.

Eine Woche nach unserer Eröffnung des Bades fiel jemandem auf, daß uns ein Typ von außen mit einer versteckten Kamera fotografierte. Sofort riefen wir ein paar Leute zusammen, die ihm nachliefen und ihn umstellten. Auf die Bitte, uns doch einmal zu zeigen, was er denn da unter dem Arm habe, wickelte er einen Anorak aus, in dem ein Karton verpackt war. Dieser enthielt eine Super-8-Kamera (!), mit der er durch ein Loch hindurch filmen konnte. Freiwillig gab er uns auch die Filmkassette heraus, die von uns gleich belichtet wurde. Hinterher begleiteten ihn noch Einige von uns in die Uni, wo er uns seinen Studentenausweis zeigen durfte.
Eigentlich hätten wir ihm besser auch die Kamera wegnehmen und erst gegen Vorlage des Personalausweises zurückgeben sollen. Vielleicht sollte auch das Kölner Beispiel Schule machen, wo VS-Spitzel systematisch verprügelt wurden, als sie angetrunken aus ihrer Stammkneipe kamen. Gerade den Informationsbeschaffern auf der unteren Ebene könnte dadurch klargemacht werden, daß sich für sie diese Sache nicht lohnt!

## BERUFSVERBOTE IN HAMBURGER KRANKENHÄUSERN

HAMBURG Juni 1977 — Im Januar 1976 entstand in Hamburg ein Komitee gegen Berufsverbote im Gesundheitswesen. Damals protestierten der Tutorenkreis des Instituts für medizinische Soziologie und der Fachschaftsrat Medizin auf einer Veranstaltung gegen das Berufsverbot für den Arzt Klaus Weber. Seither arbeiten kontinuierlich 15 bis 30 Kollegen und Studenten unterschiedlicher politischer Position in dem Komitee solidarisch zusammen.

Das Komitee legte jetzt eine Liste von Kollegen vor, die durch Repressionen bedroht sind. Diese Liste wird auch der Bertrand-Russell-Peace-Foundation zugesandt:

**Klaus Weber, Arzt**

Ihm wird vorgeworfen:

- 1970 Vortragen eines Referats auf einer Palästinaveranstaltung
- Mitarbeit in der GIM
- Besuch einer Veranstaltung zur Arbeitslosigkeit

Sein Arbeitsvertrag am Universitäts-Krankenhaus Eppendorf (UKE) wurde auf behördliche Intervention hin nicht verlängert und ihm so die Beendigung seiner Ausbildung zum Facharzt für Anästhesie verwehrt. Inzwischen ist seine Wiedereinstellung erreicht worden (er arbeitet ohne Arbeitsvertrag). Dies ist als Teilerfolg der Öffentlichkeitsarbeit des Berufsverbotekomitees zu werten. Unsere Broschüre zu diesem Fall ("Berufsverbote") schildert die genaueren Umstände.

**Rita Spielhoff, Narkoseärztin**

Auch ihr Arbeitsvertrag am UKE sollte aus politischen Gründen nicht verlängert werden, mittlerweile wurde sie doch eingestellt.

**Jürgen Tempel, Arzt am AK Bergedorf**

Jürgen Tempel sollte aus stellenplanmäßigen Gründen seine Ausbildung als Anästhesist nicht beenden. Da er politisch aktiv ist (er arbeitet im Nahost-Komitee Hamburg mit, außerdem in der Initiative gegen die Schließung der Frauenabteilung des AK Bergedorf), liegt die Vermutung nahe, daß er deshalb entlassen werden soll, zumal sonst nichts gegen ihn vorliegt. Im Augenblick wird der Fall gerichtlich verhandelt, wobei sich vermutlich die wahren Gründe für die Entlassung herausstellen werden.

**Jan Rieckesmann, Arzt im Hafenkrankenhaus**

Seine Einstellung wurde wegen DKP-Mitgliedschaft abgelehnt. Außerdem ist er Sprecher des 'Ausschusses zur Rettung des Hafenkrankenhauses'. Daraufhin wurde ein Prozeß angestrengt. Auf Grund eines Formalfehlers wird Rieckesmann ein Jahr weiterbeschäftigt.

**Gerhard Reichel, Arzt im Therapiezentrum Altona (TZA)**

Das TZA war eine Einrichtung der Stadt Hamburg für Drogensüchtige, bekannt für ihre fortschrittliche Therapie. Wegen angeblicher Sparmaßnahmen wurde es geschlossen, die Patienten nach und nach in psychiatrische Anstalten überführt und ein Aufnahmestopp verhängt. Dieser Aufnahmestopp mußte von Reichel in einer akuten Notsituation durchbrochen werden, da der betreffende Patient nicht in ein anderes Krankenhaus überwiesen werden konnte. Jetzt ist Reichel von der Gesundheitsbehörde gekündigt worden. Es ist offensichtlich, daß es sich hier nicht nur um einen Versuch der Disziplinierung und der Erzeugung blinden Gehorsams den Vorschriften gegenüber, auch auf Kosten der Patienten, handelt, sondern um die Bestrafung der Drogenabhängigen und ihrer Behandlung nach dem Modell TZA.

**Jens Jarke, Arzt im AK Bergedorf**

Ein Vorgesetzter meinte, Jarke auf einem Zeitungsfoto von einer Demonstration gegen das AKW Brokdorf wiedererkannt zu haben. Das Foto zeigte einen verletzten Polizisten vor einer Demonstrantenmenge. Der Vorgesetzte meldete seine Beobachtung sofort weiter. Jarke sollte nun wegen unterlassener Hilfeleistung entlassen werden. Er bekam keine Gelegenheit, sich gegen die Vorwürfe zu Wehr zu setzen.

**Ghaleb Fakel, palästinensischer Krankenpfleger am UKE**

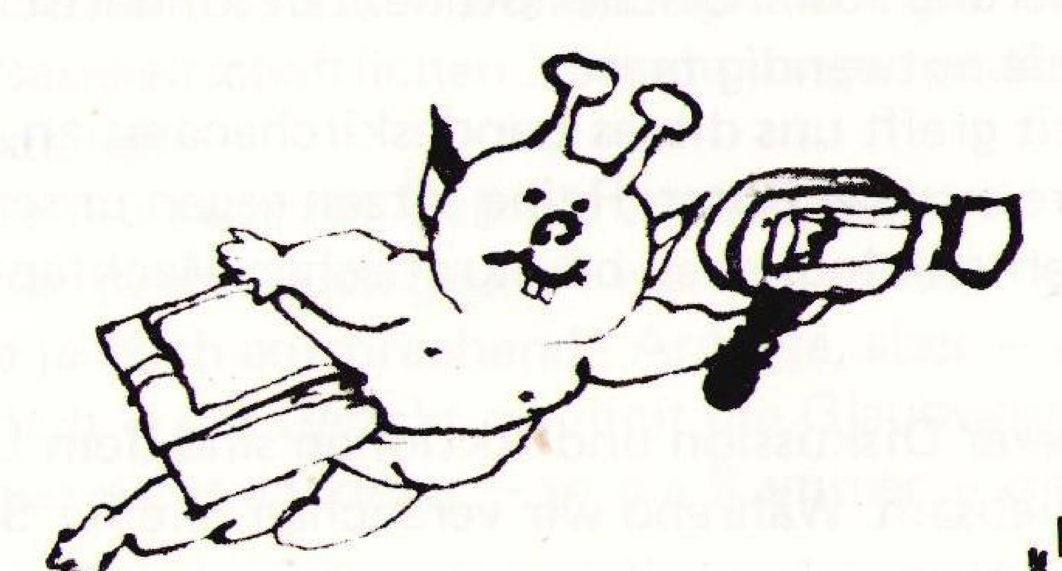
Fakel soll abgeschoben werden. An diesem Fall wird deutlich, wie die BRD mit faschistischen und repressiven Staaten zusammenarbeitet.

Das Komitee erklärt weiter: „Wir können die meisten dieser Fälle mit zahlreichen Dokumenten belegen.

Auch das Komitee sollte bald die Repression am eigenen Leibe zu spüren bekommen: Gegen den presserechtlich Verantwortlichen erstattete ein Staatsrat Anzeige wegen Beamtenbeleidigung auf Grund eines Satzes unserer Broschüre. Es folgte die Verurteilung zu einer empfindlichen Geldstrafe, ersatzweise 60 Tage Haft. Auch hiergegen werden wir uns wehren."

Kontaktadresse, bei der auch die Broschüre des Komitees zu beziehen ist:

**Eppendorfer Komitee gegen Berufsverbote
c/o Bettina Kurfess, Giesestr. 4, 2000 Hamburg 52**



„BILDERDIENST"

INTERNATIONALES

## DER MARSCH FÜRS LEBEN

MALVILLE-LARZAC 8. Juni *Im ID 180 wurden schon die unterschiedlichen Positionen der AKW-Gegner in Bezug auf den schnellen Brüter von Malville dargestellt. Hier bringen wir nun eine Zusammenstellung der Route und der verschiedenen Aktionen, die während des Marsches geplant sind.*

„Die Lebenden hält keiner auf"
Unter dieser Losung treffen sich AKW-Gegner aus ganz Europa, über verschiedene Routen kommend, in Malville, so haben die Malville-Komitees schon im letzten Jahr beschlossen. Anknüpfend an die großen Larzac-Treffen in den Jahren zuvor (bis zu 300 000 Menschen) läuft die Mobilisierung in ganz Frankreich, der französischen Schweiz und am Kaiserstuhl seit gut einem halben Jahr. In Malville werden mindestens 100 000 Leute erwartet und im Larzac noch mehr.

Über den Ablauf: Am 13. Juli, am Vorabend des Marsches, soll in Strasbourg ein großes Fest stattfinden. Am 14.7. soll auf einer Vollversammlung (VV) dargestellt werden, wieweit die Vorbereitungen sind und wie es zu den jeweiligen Entscheidungen über die Aktionen kam. Es soll in kleineren Gruppen gearbeitet werden und jeden Mittag eine VV geben, die über den Stand der Arbeit informieren soll, und wo die nächsten Aktionen diskutiert werden.

Am Abend sollen immer zwei verschiedene Arten von Debatten stattfinden: jeden Abend soll der Marsch mit seinen Zielen erklärt werden, weil die Bevölkerung jeweils eine andere ist. Parallel dazu soll es Diskussionen geben über das Thema des Tages je nach dem Ziel der Etappe: Pluton (Belfort Atomrakete), Militärlager, französische Militärgerichte in der BRD).

**Über die Koordinierung der Informationen:**

- Es haben schon mehrere Pressekonferenzen stattgefunden.
- Eine Gruppe wird die Verbindung zur Presse übernehmen.
- Es soll jeden Tag ein Flugblatt geben über den Stand des Marsches.

Aufgrund der Erfahrungen von vorigem Jahr soll all dies zur besseren Information und Koordinierung dienen.
Die verschiedenen Koordinierungskomitees treten in Verbindung mit dem Ausland, mit den vorgesehenen Rednern und Musik-, Theater- und Marionettengruppen.

**Die Route des Marsches**

14. – 21. Juli Internationaler Marsch Haguenau (Elsaß)–Landau–Lauterbourg

- In Haguenau werden atomare Abschußraketen mit einer Reichweite von 150–200 km installiert. In Belfort existiert schon eine solche Basis (Pluton).
- In Landau besteht ein Sondergericht, das auch Zivilisten aburteilt. Das ganze befindet sich außerhalb der Legitimität und ist sehr streng geheim.
- In Lauterbourg wird ein AKW geplant.

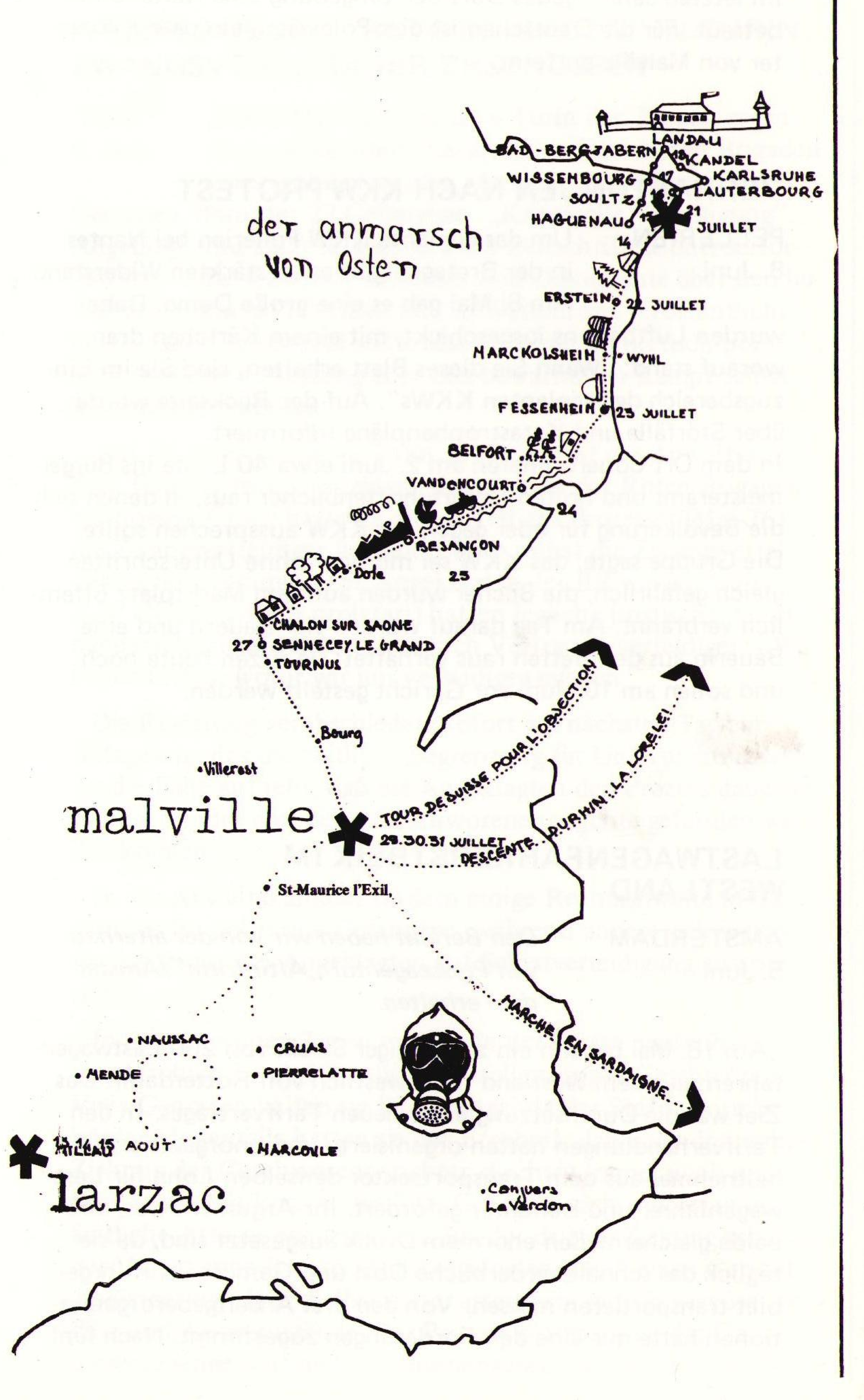
23. – 29. Juli Fahrt mit Bussen, Autos, Fahrrädern von Lauterbourg nach Malville, vorbei an

- Belfort Atomraketenbasis
- Fessenheim AKW
- Besançon LIP
- Geplanter Rhein-Rhône-Kanal

30. – 31. Juli Malville
Bau eines schnellen Brüters von 1200 MW Am 7.7. ohne Baugenehmigung begonnen. (Aus Libé vom 31.5.77:) Ein Dekret vom 28.5.77 genehmigt den Bau des Schnellen Brüters. Aus Genf und Grenoble kommen Apelle von Hunderten von Wissenschaftlern, die den Baustopp des Super–Phénix verlangen (ID 147, 166, 167, 168, 177, 180).

2. – 12. August Mit Fahrrädern, Bussen, Autos in den Larzac vorbei an zwei AKW-Standpunkten:
St. Maurice L'Exil, Cruas-Meysse und zwei Staudämmen, die zur Flußregulierung dienen, die zur AKW-Kühlung notwendig ist. Barrage de Naussac (Montélimar, Villerest).

13. – 15. August Großes Treffen im Larzac
Der Truppenübungsplatz von z.Z. 3000 ha soll auf 17 000 ha vergrößert werden. Zum letzten Mal fand 1974 ein Erntedankfest der anwohnenden Bauern auf dem Platz statt. Die Bauernkooperative kauft strategisch wichtiges Land auf. Es kommen auch Leute aus Sardinien.



LARZAC

Ähnlich wie beim schnellen Brüter ziehen zur Zeit etwa 2000 Leute 3% von ihren Steuern ab, als Protest gegen die Erweiterung des Militärlagers. Das läuft seit 1972, das Geld hat den Bau eines Bauernhofs 'La Bergerie' finanziert. Etwa 30 Gruppen koordinieren diese Aktion, auch mit Leuten, die ihre Militärpapiere zurückschicken. Bis jetzt waren die Hauptgründe dafür: Algerienkrieg, französische Atom-Experimente im Pazifik und Waffenverkauf an die Dritte Welt. Dies wird bestraft mit Bußgeld,oder den Kriegsdienstverweigerern wird im nachhinein die Zivilrechte entzogen. Dazu muß gesagt werden: am 7.12.76 wurde in einem Fall jemand freigesprochen, mit der Begründung, daß der Betroffene das Grundrecht hat, seine Meinung zu ändern (geschützt durch die Convention européenne de sauvegarde des Droits de l'homme et des Libertés fondamentales du 4.11.1950).

Weitere Informationen können eingeholt werden bei:

**Geoffrey Pope, 25 rue Van Elewijtk, 1050 Brüssel für englisch und skandinavisch sprechende Länder**

**„Gueule Ouverte", 117, avenue de Choisy, 75013 Paris**

**oder für die deutschen AKW-Gegner bei: Bruno Krümpelmann, Girondelle 6/1, 463 Bochum**

Außerdem haben die Malville-Komitees beschlossen, daß — wie im letzten Jahr — jedes Dorf der Umgebung eine Nationalität betreut. Für die Deutschen ist dies Poleyrieu, ein paar Kilometer von Malville entfernt.

## VERHAFTUNGEN NACH KKW PROTEST

PELLERIEN
8. Juni

Um das geplante KKW Pellerien bei Nantes in der Bretagne gibt es verstärkten Widerstand. Am 8. Mai gab es eine große Demo. Dabei wurden Luftballons losgeschickt, mit einem Kärtchen dran, worauf stand: „Wenn Sie dieses Blatt erhalten, sind Sie im Einzugsbereich des geplanten KKWs". Auf der Rückseite wurde über Störfälle und Katastrophenpläne informiert.

In dem Ort Coueron liefen am 2. Juni etwa 40 Leute ins Bürgermeisteramt und holten Unterschriftenbücher raus, in denen sich die Bevölkerung für oder gegen das KKW aussprechen sollte. Die Gruppe sagte, das KKW sei mit oder ohne Unterschriften gleich gefährlich; die Bücher wurden auf dem Marktplatz öffentlich verbrannt. Am Tag darauf wurden vier Bauern und eine Bäuerin aus den Betten raus verhaftet; sie sitzen heute noch und sollen am 10. Juni vor Gericht gestellt werden.

## LASTWAGENFAHRERSTREIK IM WESTLAND

AMSTERDAM
5. Juni

*Den Bericht haben wir von der alternativen Presseagentur „Altinform"/Amsterdam erhalten.*

„Am 18. Mai begann ein zehntägiger Streik von 200 Lastwagenfahrern aus dem Westland (nordwestlich von Rotterdam). Das Ziel war die Durchsetzung eines neuen Tarifvertrages. In den Tarifverhandlungen hatten organisierte und unorganisierte Arbeitnehmer aus dem Transportsektor denselben Lohn für Lastwagenführer und Beifahrer gefordert. Ihr Argument war, daß beide gleichermaßen enormem Druck ausgesetzt sind, da sie täglich das schnell verderbliche Obst und Gemüse ins Ruhrgebiet transportieren müssen. Von den drei Arbeitgeberorganisationen hatte nur eine den Forderungen zugestimmt. Nach fünf Tagen fruchtloser Unterhandlungen begann der Streik, die ersten drei Tage ohne die Unterstützung der Gewerkschaft Transport und Verkehr.

Die Lastwagenfahrer blockierten die Hallen, in denen die Großhändler das Gemüse einkaufen. Daraufhin versuchten die Transportbetriebe über einen gerichtlichen Beschluß, den Streik illegal erklären zu lassen. Vor Gericht wurde jedoch der Streik legal erklärt und den Arbeitgebern geboten, die Verhandlungen mit den Arbeitnehmern wieder aufzunehmen. Am 28. Mai ist man übereingekommen, daß nach einer Übergangsperiode von sechs Monaten ein Beifahrer denselben Lohn empfangen soll wie ein Lastwagenführer. Der Streik wurde beendet."

**Kontaktadresse: Altinform, 1009 AT Amsterdam, Postfach 4763, Nwe. Keizersgracht 68, Amsterdam**



## KAMPAGNE FÜR DIE FREILASSUNG DER ITALIENISCHEN ANWÄLTE

NEAPEL
8. Juni

*Für die Freilassung des Anwaltsgenossen Saverio Senese aus Neapel, der in totaler Isolationshaft im toten Trakt des "Reformgefängnisses" Rebibbia in Rom sitzt, und der Mailänder Anwaltsgenossen Spazzali und Capelli (s.ID 179) sollen am 18./19. Juni in Neapel Aktionen (zentrale Demonstration, Theater usw) stattfinden. Die Angriffe gegen die politische Verteidigung drücken eine neue Stufe der Repression in Italien aus.*

Die Anklage gegen Senese schließt aus der Tatsache, daß er Genossen der "Nuclei armati proletari" (NAP) verteidigt hat, daß er auch ihre Ziele unterstützt und sie in "krimineller" Weise begünstigt. Sie bedient sich zur Konstruktion eines "Beweises" der willkürlichen Auslegung eines Briefes, in dem von Verbindungen zwischen NAP und einer ungenannten Person die Rede ist; diese Person soll angeblich Senese sein. Mehr "Beweise" wurden nicht vorgelegt.

Saverio Senese, das ist wichtig für diesen Angriff des Staats auf die Bewegung, hat keineswegs nur oder hauptsächlich Genossen der Stadtguerilla verteidigt. Seine "Fälle" waren: entlassene Arbeiter, organisierte Arbeitslose, Hausbesetzer, Teilnehmer an "autoriduzioni" (Herabsetzungen der Preise), von Faschisten angegriffene Genossen und Schüler, die an Schulkämpfen teilgenommen hatten. Die Verteidigung von "unpolitischen" Strafgefangenen im neapolitanischen Gefängnis Poggioreale brachte ihn zur Verteidigung von Gefangenen aus der Stadtguerilla, die sich nämlich in Neapel zum großen Teil aus solchen "normalen" Gefangenen entwickelt hatte.

Beispiele für Saverios Prozesse:

— 1972 erhob der Betriebsrat (Consiglio di Fabbrica) von Olivetti in Marcianese (Provinz Caserta) Anklage gegen die Firma, weil sie Technikern, die das Vertrauen der Arbeiter besaßen, den Zugang zur Fabrik verweigert hatte. (In Italien haben die Arbeiter das Recht, Mediziner, Ingenieure oder Techniker ihres Vertrauens zur Überprüfung unsicherer und schädlicher Arbeitsbedingungen in die Fabrik zu holen. Faktisch müssen sie sich das meistens erkämpfen.) Saverio vertrat die Anklage und gewann den Prozess gegen Olivetti.

— Im September 1976 verteidigte Saverio zwölf Arbeitslose, die das Büro des Ministers für Öffentliche Arbeiten in Ne-

apel besetzt hatten, um Arbeitsplätze zu fordern. Sie wurden in erster Instanz freigesprochen. Der Prozess sollte in zweiter Instanz an dem Tag stattfinden, an dem Saverio verhaftet wurde. Der Richter stellte den Angeklagten einen Zwangsverteidiger. Sie wurden auf einige Monate Knast (mit Bewährung) verurteilt. Die Arbeitslosen veröffentlichten am nächsten Tag eine Presseerklärung, in der sie sagten, daß der Angriff auf die politische Verteidigung auch ein Angriff gegen die Arbeitslosenbewegung ist.

– Von November 1976 bis Ende Januar 1977 verteidigte Saverio etwa zwanzig Genossen der NAP. Sie wurden zu Knaststrafen von fünf bis zwanzig Jahren verurteilt.

Das Komitee für die Befreiung von Saverio Senese hat folgenden Solidaritätsaufruf veröffentlicht:

*" Der Anwalt Saverio Senese ist verhaftet und wegen "Teilnahme an bewaffneten Banden" angeklagt worden. Die Beweise, die von der Anklage vorgelegt wurden, sind zusammengefallen wie ein Kartenhaus. Die Indizien, die vom Gericht vorgelegt wurden, zeigen nicht nur, daß der Rechtsanwalt nicht im geringsten mit irgendeiner Form der Initiativen der NAP zu tun hat; sondern beweisen im Gegenteil seine radikale Distanz in Ideologie und organisatorischem Ansatz von den NAP.*

*Was also in Wirklichkeit dem Rechtsanwalt Senese vorgeworfen wird, ist die Ausübung seines verfassungsmäßigen Rechts, Leute zu verteidigen, die wegen politischer Handlungen strafrechtlich angeklagt sind. Dieses Recht wird niemandem streitig gemacht, der Mafiosi, Entführer, Räuber und Gewalttäter jeder Art verteidigt.*

*Gleichzeitig wird damit die vielfältige Aktivität angegriffen, die Senese als Genosse des Soccorso Rosso (Rote Hilfe) in den letzten Jahren in Neapel entwickelt hat - von der Verteidigung entlassener Arbeiter bis zur Verteidigung von Leuten, die an „autoriduzioni" teilgenommen hatten, von zwangsgeräumten Mietern, organisierten Arbeitslosen und aktiven Antifaschisten.*

*Die Verhaftung des Rechtsanwalts Senese ist bis jetzt der weitestgehende Ausdruck des Prozesses, in dem gegenwärtig die Institutionen in autoritärer Form reorganisiert werden.*

*In der Bundesrepublik Deutschland ist ein Gesetz durchgesetzt worden, das erlaubt, die Verteidiger auszuschließen, wenn sie – nach Ansicht der Polizei – den subversiven Plänen der von ihnen verteidigten Angeklagten anhängen. In Italien gibt es kein solches Gesetz, um es zu benutzen: unbequeme Verteidiger werden stattdessen verhaftet oder angeklagt mit Hilfe einer der freiheitswidrigen Vorschriften der Rocco-Gesetze,* die der politischen Opportunität des Augenblicks angepasst werden.*

*Die Schuld des Angeklagten Senese besteht darin, die Verfassung ernst genommen zu haben und an das Recht jedes Bürgers auf Verteidigung geglaubt zu haben, auch, wenn sie subversiven Organisationen angehören.*

*Die Verhaftung des Rechtsanwalts Senese, wie auch der verfassungswidrige Erlass Cossigas (Innenminister) über die öffentliche Ordnung und das neue Dekret über die Aufhebung des Rechtsschutzes bei vorläufiger Festnahme und die Gesetzentwürfe über Waffengebrauch, über Widerstandszentren und über Vorbeugehaft haben den Zweck, zu zeigen, daß die verfassungsmäßigen Garantien nicht in gleicher Weise für alle Bürger gelten. Mit der rechtlichen Garantie der Verteidigung ist es ganz klar zu ende, wenn faktisch Personen von ihr ausgeschlossen werden, die sich nicht der politischen „Normalisierung" unterwerfen, die von den Zentren der Macht und vom Staatsapparat verfolgt wird."*

** (Rocco war faschistischer Innenminister; die Gesetze sind noch heute in Kraft)*

Proteste und Solodaritätserklärungen aus dem Ausland sind sehr wichtig. Proteste gegen den Angriff auf das Recht der Verteidigung sollten an den Richter geschickt werden; Solidaritätserklärungen an Saverio in den Knast.

27 Rechtsanwälte und 11 Referendare und Anwaltsgehilfen aus Hamburg haben am 6. Juni eine Protesterklärung abgegeben, in der es heißt:

*Die Verhaftungen der Kollegen Capelli, Senese, Spazzali, sind ein Angriff auf die freie Advokatur, insbesondere auf das Recht der Verteidigung in politischen Strafsachen.*

Kontaktadresse der Hamburger Anwälte: **Rechtsanwälte Groenewold, Köncke, Rogge, Osterstr. 120, 2000 Hamburg 19, Tel. 040/421915 und 492455**

Anschrift von Saverio Senese: **Carcere di Rebibbia; Rebibbia, Roma**

Anschrift des Richters: **Claudi D'Angelo, 19a Sezione istruttoria. Tribunale Penale, Roma**

Anschrift des Solidaritätskomitees: **Comitato per la scarcerazione di Saverio Senese, presso A.R.N., Via S. Biagio dei librai, 39, Napoli Tel.: 32.17.73 (20.64.36)**

## PROZESS GEGEN „ROTE BRIGADEN" IN TURIN: ZWANGSVERTEIDIGER ERSCHOSSEN

Turin 8. Juni

Am 3. Mai 1977 sollte in Turin der Prozeß gegen den sogenannten „harten Kern" der Roten Brigaden weitergeführt werden. Anklagepunkt gegen die 55 Genossen, darunter 22 Gefangene: „Kriminelle Vereinigung". Angeklagt sind auch Redakteure der Zeitschrift „Controinformazione", die seinerzeit Analysen und Dokumente über den bewaffneten Kampf in Italien und in Westeuropa veröffentlicht hatten. Zum ersten mal sollte also auch die theoretisch-politische Auseinandersetzung über den bewaffneten Kampf selbst kriminalisiert werden.

Am 28. April wurde in Turin der Präsident der Anwaltskammer, Fulvio Croce, von einem Kommando der Roten Brigaden erschossen. Croce hatte im ersten Teil des Prozesses (Mai 76) die Zwangsverteidiger bestimmt bzw. selbst die Zwangsverteidigung übernommen. Die Angeklagten der BR wie auch die NAP (Nuclei armati proletari) hatten jegliche juristische Auseinandersetzung abgelehnt, wie auch Vertrauensverteidiger: „Wir haben nichts, wofür wir uns verteidigen müssen."

Die Regierung verabschiedete sofort am nächsten Tag ein Blitzgesetz, das die zeitliche Begrenzung für Untersuchungshaft für die Fälle aufhebt, daß die Angeklagten den Prozess dauernd verzögern oder daß keine Geschworenengerichte gefunden werden können.

In der Anwaltskammer fordern einige Rechtsanwälte Militärgerichte für politische Gefangene, während andere sich weiter für das Recht der Angeklagten auf Selbstverteidigung aussprechen.

In den folgenden Tagen wurden in der Presse massenhaft Morddrohungen veröffentlicht, vor allem gegen Geschworene. Viele Genossen halten sie für Propaganda der Staatsschutzbehörden. Jedenfalls hatten sie das Ergebnis, daß nach dreimaliger Ziehung der Geschworenenrichter die Jury immer noch nicht besetzt werden konnte, weil die Genossen sich weigerten und ärztliche Atteste präsentierten. Bei der dritten Ziehung schickte der Vorsitzende Richter den Ausgelosten gleich einen Gerichtsmediziner ins Haus. Selbst dieser attestierte jedoch nervöse Anfälle und Angstzustände. Der Prozess platzte, weil das Geschworenengericht nicht zusammengesetzt werden konnte. Er

wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Inzwischen werden weitere Sondergesetze vorbereitet.

Die Prozeßerklärung, die von den Roten Brigaden vorbereitet worden war, wurde also niemals verlesen. In ihr hieß es u.a.:

*„Der Revolution den Prozeß zu machen, ist unmöglich. Ihr selbst habt euch in diesen Monaten darangemacht, das zu beweisen, indem ihr seelenruhig jeden Anschein von Legalität unter den Tisch gefegt habt: ihr habt eure Gerichtssäle in wahre militärische Hochburgen verwandelt, ihr habt euch angemaßt, uns Regimeverteidiger aufzuzwingen, die nichts anderes sind, als Marionetten in euren Händen. Ihr habt Sondergesetze erlassen, die im Nu jede Spur eures vielgepriesenen Rechtsstaates weggewischt haben.*

*Damit habt ihr für jeden Proletarier praktisch bewiesen, was wir immer behauptet haben: hinter den demokratischen Formen verbirgt der imperialistische Staat sein wahres Gesicht einer unbarmherzigen konterrevolutionären Diktatur der Bourgeoisie.*

*Und das ist ein Sieg der kommunistischen Revolution.*

*Wir haben in einem früheren Kommuniqué gesagt: ‚Wir betrachten die Anwälte, die die Ernennung durch das Gericht akzeptieren, als Kollaborateure dieser Sondergerichte. In dem Moment, wo sie die Kollaboration mit dem Sondergericht akzeptieren, übernehmen sie vor der revolutionären Bewegung die ganze damit verbundene Verantwortung.' Und der erste der Zwangsanwälte, Fulvio Croce, der persönlich diese Aufgaben übernommen hat, ist hingerichtet worden...*

*Mit dieser Aktion war nicht, wie ihr glauben machen wollt, beabsichtigt, den Prozeß hinauszuschieben. Von euch erwarten wir sicher keine Gerechtigkeit. Casale Monferrato, Pozzuoli, Trevisio, Fossembrone ... (Anm.: das sind Gefängnisse, aus denen Genossen die Flucht gelungen ist) beweisen es ! Diese Aktion hat dagegen das strategische Ziel verwirklicht, eure Vorbeugungsmaßnahmen zur Neutralisierung unserer Initiative zunichtezu machen. Und gleichzeitig hat sie uns in die Offensive zurückgebracht. ...*

*Der einzig richtige Begriff für die Beziehung zwischen uns und diesem Sondergericht ist : KRIEG."*

## FRAUENORGANISATIONEN IN KATALONIEN

BARCELONA 7. Juni

Ende Mai 1976 fanden in Barcelona die 'Jornades catalans de la Dona' statt. (Katalanische Tage der Frau). Die 'Jornades' bildeten den Ausgangspunkt für die organisierte Frauenbewegung in Katalonien. Die Frauen wandten sich gegen die 'taktischen und opportunistischen Interessen der Parteien, die den feministischen Kampf völlig mißachtet und hintenangestellt haben'. Sie bildeten die 'Coordinadora de Grupos Feministas de Barcelona ). Teilnehmende Gruppen sind das 'Colectivo Feminista' (Feministisches Kollektiv), ANCHE und LAMAR, dann die 'vocalias' (Frauenausschüsse) der Stadtviertel, und die Frauen-Betriebskommissionen; die 'Asociació Catalana de la Dona (der PTE-Partido de Trabajo Español, maoistisch) schloß sich als einzige der Coordinadora nicht an.

DAS FEMINISTISCHE KOLLEKTIV (Entstehung Dez. 1975 in Madrid):

„Die Frau bildet eine soziale Klasse, wenn man von der marxistischen Dialektik ausgeht, nach der sich die Klassen im wesentlichen durch ihre Stellung in der Produktion definieren. Alle Frauen sind die Verantwortlichen sowohl der häuslichen Arbeiten als auch der Reproduktion der Arbeitskraft und der Aufrechterhaltung dieser Reproduktion. Auch die Frauen der Bourgeois können in diese homogene Klasse miteinbezogen werden, denn 'der Bourgeois definiert sich als Besitzer von Produktionsmitteln, während die Frau diese nicht besitzt."

Das Kollektiv tritt für eine autonome Frauenbewegung ein, weil 'jede Klasse ihre eigene Organisation für ihre Befreiung braucht und nicht eine andere Klasse bittet,ihren Kampf zu führen.' Ihre Zusammenarbeit mit politischen Parteien usw. bestimmt sich aus dieser Sicht heraus.

LAMAR

(Lucha antiautoritaria de mujeres antipatriarcales y revolucionarias = antiautoritärer Kampf von antipatriarchalischen und revolutionären Frauen). LAMAR entstand Mitte 1976 aus einigen Frauen anderer radikaler feministischer Organisationen und politischer Parteien der extremen Linken.

'Wir verstehen unter Antiautoritarismus eine Organisationsform ohne Führung, Hierarchien noch Zentralismus. Wir verstehen den antipatriarchalischen Kampf als einen direkten Angriff auf das System,das unsere Ausbeutung als Frauen aufrechterhält und verewigt. Wir verstehen den Feminismus als eine revolutionäre Haltung gegenüber der Gesellschaft, denn er bedeutet eine Veränderung auf allen Ebenen und beinhaltet die sofortige Zerstörung aller existierenden Herrschafts-, Eigentums- und Machtverhältnisse.' Die Frau 'bildet eine soziale Klasse, weil die objektive Bedingung ihrer Ausbeutung seit jeher ihre biologische Reproduktionsfunktion war, obwohl das für sich allein noch nicht ihre Bedingung als Unterdrückte rechtfertigt. Die sexuelle Klasse Mann hat sich ihrer Reproduktionsfähigkeit und ihres Produktes, ihres Kindes, bemächtigt und eine Arbeitsteilung in Funktion des Geschlechts durchgeführt.'

Männer und Frauen stehen sich als Vertreter antagonistischer Interessen gegenüber, eine Zusammenarbeit der Frauenbefreiungsbewegung ist mit politischen Männerorganisationen nur insofern möglich, als diese sich 'verpflichten, ohne Zweideutigkeiten für die Zerstörung der machistischen und kapitalistischen Macht zu kämpfen'.

ANCHE

(Asociación de Communicación Humana y Ecologia= Verein für die menschliche Kommunikation und die Ökologie, ein Deckname, um nicht verboten zu werden).Anche entsteht im November 1975. Für Anche ist die Frau keine soziale Klasse. Doch leidet die Frau unter einer spezifischen Ausbeutung und Unterdrückung in der in Klassen gespaltenen Gesellschaft.

Die Frauenbewegung muß 'gegenüber den Männern und anderen politischen Organisationen autonom und unabhängig sein; sie muß allen Frauen, die an ihr teilnehmen wollen, offen stehen, ohne weitere Bedingungen als dem Vorsatz, für ihre Befreiung zu kämpfen'. Die feministischen Fragen stehen im Vordergrund.' Die Verbindung der Frauenbewegung mit den politischen Parteien muß politisch sein - je nach der Übereinstimmung der Ziele - und nie organisatorisch.

## DIE FRAUENAUSSCHÜSSE DER NACHBARSCHAFTSVEREINE

Vor den 'Jornades' hatten sich die Frauenausschüsse darauf beschränkt, als 'Aushängeschild' für bestimmte Parteien oder für den Nachbarschaftsverein selbst gegenüber den Frauen zu dienen.
Sie wurden eingesetzt, wenn es darum ging, mehr Kindergärten zu fordern oder gegen die Teuerung der Lebensmittel usw. zu protestieren. Seit den 'Jornades' hat sich einiges an Bewußtsein entwickelt, und so einfach nach 'naturgesetzlicher' Arbeitsteilung läuft es heute nicht mehr. Die Frauen in den Stadtteilen wollen sowohl für spezifische Probleme der Frauen käm-

pfen (das Recht,über den eigenen Körper zu verfügen, die Geburtenkontrolle, die Rechte der Frauen, die Diskriminierungen beim Arbeitsplatz usw.), als auch für Probleme, die nicht Frauenprobleme im engeren Sinne sind, aber von ihnen direkter gespürt werden aufgrund der ihnen zugeschriebenen Rolle als Hausfrau, die die Gesellschaft ihnen aufträgt, wie das Fehlen von Gesundheitszentren, von Kindergärten, die Betreuung der Rentner, die Lebenshaltungskosten, Mängel im Städtebau usw. Sie wollen sich nicht darauf beschränken, kollektive Dienstleistungen zu fordern und sich dabei auf Analysen beziehen, die auf machistischen Schemen aufbauen, sondern die Probleme aufgrund einer Analyse der Wirklichkeit, die wirklich feministisch ist, angehen.

DIE FRAUENKOMMISSIONEN IM BETRIEB

Die Frauenbewegung bei den Banken spielt hier eine Pionierrolle.
Sie entstand im Sommer 1976 „mit der ausdrücklichen Absicht, unsere Arbeitssituation zu diskutieren und unsere spezifischen Forderungen beim Tarifvertrag vorzubringen". Die Frauenbewegung der Banken hat als Ziel,die Diskriminierung der Frauen in dieser Branche abzuschaffen und die totale Befreiung der Frau in ihren beiden Aspekten, als Frau und als Arbeiterin, zu erreichen.
Ausgehend von ihrer spezifischen Unterdrückung müssen die Frauen sich autonom und unabhängig gegenüber den bestehenden Gewerkschaften organisieren: im Betrieb über die Betriebs-Frauenkommissionen, die als solche an den existierenden Gewerkschaften teilnehmen, und in der Branche als Einheits-Frauenbewegung der Bank, die als solche am Allgemeinen Koordinationsausschuß der Bankangestellten teilnimmt.
Die Coordinadora hat trotz ihrer heterogenen Zusammensetzung einheitliche Kampagnen durchführen können, so z.B. im Falle von Angeles Muñoz (s. ID 170, Was geschieht mit Ehebrecherinnen in Spanien) und anläßlich des Referendums vom 15. Dezember. Sie denunzierte das Referendum aus feministischer Sicht und rief zur Nichtteilnahme auf. Sie tritt heute vor allem auch für eine 'Amnestie für die spezifischen Frauenvergehen" ein (Abtreibung, Prostitution, Ehebruch usw.).

## DER KAMPF DER SPANISCHEN GEFANGENEN-BEWEGUNG

MADRID 6. Juni *Vor einem Jahr – genau am 30. Juli 1976 – ist während dem Aufstand im Madrider Gefängnis Carabanchel die spanische Gefangenenorganisation COPEL (Coordinadora de Presos en Lucha – Organisation der Gefangenen im Kampf) entstanden. In ihr haben sich die normalen Gefangenen oder, wie es im Unterschied zu den politischen heißt, die „comunes" zusammengeschlossen. Wie die COPEL gegründet wurde, darüber hat die Madrider Zeitung EL PAIS (28.5.77) mit einem Gefangenen gesprochen, der wegen einer bewaffneten Enteignung zu 11 Jahren verurteilt worden ist, von denen er bis jetzt sechs Jahre in verschiedenen spanischen Knästen verbracht hat.*

Seit den Jahren 1969/70 hat es in spanischen Gefängnissen mehr als 30 Revolten gegeben. Die Bewegung jetzt entzündete sich am Aufstand in Carabanchel letzten Sommer. Wir hatten 700 Unterschriften mit der Forderung nach Amnestie zum König geschickt. Die wurden erst von der Gefängnisleitung und dann vom Justiz-Ministerium zurückgehalten. Unsere Wut kam dann zum Kochen, als wir die Verachtung spürten, die die Mehrheit der politischen Gefangenen uns gegenüber hatten; sie standen kurz vor der Entlassung. Am Morgen des Aufstandes gabs dann auch Zusammenstöße mit ihnen.

Der fünfte Stock weigerte sich, in die Werkstätten arbeiten zu gehen. Da stürmte die Antiaufruhr-Brigade (eine Art spanisches MEK) rein; mehrere Gefangene schnitten sich die Pulsadern auf. Die Bullen räumten den fünften Stock und brachten sie hinter Schloß und Riegel. Um halb fünf abends haben wir daraufhin mit 330 Leuten das Dach besetzt.

Wir malten Transparente: „Totale Amnestie", „Begnadigung für die comunes", „Reform des Strafgesetzbuchs". Einem Genossen, der an diesem Tag entlassen wurde, gelang es, eine Botschaft von uns herauszuschmuggeln, die dann im Radio Nacional verlesen wurde. Bis zum anderen Morgen um acht Uhr blieben wir auf dem Dach.

Bei den Verhandlungen mit der Gefängnisleitung wurden wir betrogen. Die sagten, niemand sei zur Zeit in Madrid, der unsere Resolution entgegennehmen könnte.

Abends um zehn Uhr hörten wir auf dem Dach, wie unsere Botschaft übers Radio gesendet wurde. Als danach der Gefängnisdirektor erklärte, die Polizei hätte den fünften Stock gestürmt, schrien wir: „Mörder, Faschisten" und warfen mit Steinen. Da gab der Direktor den Bullen den Befehl, das Dach zu stürmen. Sie schossen mit Gummikugeln und Rauchbomben. Zwei Genossen wurden schwer verletzt.
Dann wollte der Direktor mit uns verhandeln. Wir wählten zwei Vertreter. Das waren die beiden, die am wenigsten zu verlieren hatten. Der eine von ihnen, ein alter Mann schon, war zum Tode verurteilt. Er verriet uns und kam nicht zurück. Sie wandelten seine Todesstrafe um, und er kam in ein anderes Gefängnis. Der andere Delegierte kehrte zurück und sagte, die hätten nicht verhandeln wollen. Die wollten uns nur vom Dach haben. Die Verhandlungen gingen trotzdem weiter.

Die politischen Gefangenen hielten sich zurück. Nur zwei oder drei, ich glaube von der FRAP, versuchten, die Wirtschaftsräume im sechsten Stock anzuzünden, um uns zu unterstützen.

Inzwischen bauten wir Barrikaden, die auch die eingesetzten Feuerwehrleute nicht zerstören konnten. Der Gefängnisdirektor stellte uns ein Ultimatum nach dem anderen, schließlich drohte er uns mit dem Einsatz von Hubschraubern – und die Konsequenzen hätten allein wir zu tragen. Wir versammelten uns und überlegten, was tun. Die einen waren für Aufgabe, die anderen dagegen. Schließlich, als wir morgens um halb acht die ersten Hubschrauber auftauchen sahen, gaben wir auf.

Unsere Bedingungen, die wir stellten, waren: die Bullen sollen abgezogen werden, damit wir allein in unsere Stockwerke gehen können. Sie gaben uns ihr Ehrenwort. Als wir runtergestiegen waren, empfingen sie uns mit Knüppeln und prügelten uns in die Arrestzellen.

Am nächsten Tag wurden wir teilweise in andere Gefängnisse gebracht und sechs Monate in verschärftem Arrest gehalten.

Das war der Zeitpunkt, wo wir uns überlegten, daß wir eine Organisation für uns Gefangene selbst brauchen. Zuerst dachten wir an eine Gewerkschaft. Die erste gemeinsame Aktion machten wir dann, als unsere Anzeigen gegen die Bullen in den Schreibtischen der Bürokraten verschimmelten. Wir forderten ein Gespräch mit dem Gefängnischef und drohten mit einem neuen Aufstand, auch mit Selbstmord. Daraus entstand die COPEL. Wir wurden zwar wieder in verschiedene Gefängnisse im ganzen Land verteilt, aber die Bewegung konnten sie nicht mehr zerschlagen. Im Gegenteil. Die Ereignisse in Carabanchel im Januar und Februar dieses Jahres beweisen es.

Unsere Bewegung kämpft gegen die Unterdrückung der sogenannten „comunes" in den Gefängnissen Spaniens. Wir wollen der Bevölkerung klarmachen, daß wir nicht nur Opfer einer Diktatur und einiger Gesetze sind, die unsere elementaren Rechte als Menschen verletzen. Unser Kampf geht um die Befreiung. Wir sind nicht politisiert, obwohl unser Problem ein politisches ist und nur politisch zu lösen ist.

Unterstützung haben wir von politischer Seite praktisch keine. Nur die CNT und einige kleine Gruppen kämpfen mit uns. Wir wollen uns nicht gegen irgendwelche Gruppen stellen. Wir wollen uns nur nicht manipulieren lassen.

Wir kämpfen nicht für eine flexiblere Justiz, sondern für eine menschenwürdige. Wir haben durch die Repression der letzten Monate zwar Schlachten verloren, aber nicht den Krieg. Die COPEL lebt. La lucha continua.

## PORTUGAL: DER GESAMTE AUSBILDUNGS-SEKTOR IM KAMPF

LISSABON 8. Juni *Aus Lissabon erhielten wir folgenden Bericht:*

Im ganzen portugiesischen Schulwesen, in den Unis, Schulen und unter den Lehrern, liefen in den letzten fünf Wochen Kampfmaßnahmen gegen die Politik des Erziehungsministeriums (PS). Fast jeden Tag Vollversammlungen, Demonstrationen, partielle und nationale Streiks; und die Antwort der Regierung: Schließung der Uni Coimbra, brutale Polizeieinsätze in Porto.

Die Situation spitzte sich in verschiedenen Bereichen gleichzeitig zu:
1. Uni Coimbra, wo faschistische Professoren, die nach dem 25. April 74 gesäubert worden waren, wieder eingestellt werden sollten.
2. Uni Porto, wo den Psychologie-Studenten ein nachträglicher NC verordnet wurde (Annulierung des ersten, schon studierten Jahres, Verlust der hohen Studiengebühren für dieses Jahr und eine nachträgliche Uni-Eingangs-Prüfung über Schul- und Allgemeinwissen).
3. Oberschulen des ganzen Landes: Prostestaktionen gegen die Einführung national-einheitlicher Prüfungen, die angesichts des portugiesischen Schulwesens (Hälfte des Unterrichts fällt wegen Lehrermangels aus) der reine Hohn sind.
4. Grundschullehrer, die seit Monaten ihr Gehalt gar nicht oder unregelmäßig erhalten, zudem äußerst schlecht bezahlt werden (ca. 400 DM, Lohn eines angelernten Arbeiters).

In Coimbra treten Ende April 14 000 Studenten in den Streik, um gegen die Schließung des technisch-wissenschaftlichen Fachbereichs durch das Erziehungsministerium zu protestieren. Diesem Generalstreikwaren Einzelstreiks und Rücktritte von Professoren vorausgegangen, mit denen gegen die Wiedereinstellung von als Faschisten bekannten Professoren protestiert wurde. Diese sechs Professoren sind nicht nur als PIDE-Denunzianten und Polizeispitzel des faschistischen Regimes bekannt, sondern nahmen auch hohe Positionen eine, wie Rektor der Uni Coimbra, Leiter der Bürgerwehr Legião Portuguesa in Coimbra, letzter Erziehungsminister vor dem 25. April 74, usw. Der Uni-Streik wird von den örtlichen Gewerkschaftsverbänden, Mieter- und Arbeiterkommissionen unterstützt.

Am 9. Mai kommt es zu einem brutalen Polizeieinsatz in Porto, wo die verordneten Eingangsprüfungen für die Psychologie-Studenten im örtlichen Polizeipräsidium abgehalten werden sollten, zu der sich allerdings nur sechs von den 400 Studenten bereiterklärt hatten. Die Studentendelegation, die eine Protestresolution abgeb_en wollte, wird im Polizeipräsidium zusammengeschlagen, und auch vor dem Polizeipräsidium kommt es zu Knüppeleinsätzen; Bilanz: ein Schwerverletzter und ein Verhafteter. Aus Protest gegen den Polizeieinsatz treten die Psychologie-Professoren zurück.
Am 12. Mai, beim Prozeß gegen den drei Tage vorher verhafteten Demonstranten, schlägt die Polizei noch härter zu: die vor dem Gericht versammelten Demonstranten werden umzingelt und dann zusammengeschlagen, teilweise von mehreren Bullen gleichzeitig. Zwölf Verletzte werden nicht zum Transport ins Krankenhaus durchgelassen.

In der folgenden Uni-Vollversammlung wird der Generalstreik auch in Porto beschlossen, aus Solidarität mit den Psychologie-Studenten und gegen die Polizeieinsätze, und aus Solidarität mit den Coimbra-Studenten. Außerdem verklagt der Psychologie-Kurs das Erziehungsministerium wegen der „Veruntreuung der Studiengebühren" auf DM 40 000.

Ebenfalls in Porto kommt es an einer Oberschule wieder zu blutigen Auseinandersetzungen mit der Polizei und faschistischen Jugendbanden einerseits und Schülern, die Plakate über die Polizeieinsätze kleben, andererseits. Zwei Schüler werden mit Schußverletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Gleichzeitig beschließt die Uni Coimbra die Weiterführung des Streiks gegen die faschistischen Professoren und aus Solidarität mit der Uni Porto, und will den nationalen Streik vorbereiten.

Am nächsten Tag läßt Cardia, der PS-Erziehungsminister, der in den 60er Jahren an Studentenstreiks gegen faschistische Professoren beteiligt war, die Uni Coimbra durch die Polizei schließen. In einer Fernsehrede an die Nation rechtfertigt er dies mit demagogischen Zahlenspielereien, also wieviel Geld die Studenten den portugiesischen Arbeiter tagtäglich kosten, daß wenn sie „anti-demokratisch streiken", auch kein Recht auf subventioniertes Kantinenessen haben, daß die Streikenden „Faschisten, faschistische Elemente" seien, die die Mehrheit tyrannisieren; ersagt, die Uni-Subventionen würden für „ultraextremistische Propaganda und Flugblätter" verschleudert, etc.
Natürlich sagt er kein Wort zum Anlaß des Streiks und auch nichts zu den Polizeieinsätzen in Porto. Abschließend kündigt er ein „demokratisches Referendum" an, mit dem sich die „lernwilligen Studenten demokratisch äußern" könnten („Bejahen Sie die Wiedereröffnung der Uni mit allen gesetzlichen Maßnahmen ? " lies: Einstellung der Faschisten).

Daraufhin beschließt die nationale Studentenorganisation den Generalstreik an allen drei Unis, in Lissabon wird das Rektorat kurzzeitig besetzt. Der nationale Streik (4 Tage) findet Ende Mai statt, mit Demo's in Lissabon (5000), Coimbra (4000) und Porto (2000). Es wird nicht nur gegen die Politik des Erziehungsministeriums protestiert, sondern auch gegen die Preissteigerungen (40% in den letzten vier Monaten!), gegen die Rückgabe der besetzten Ländereien und Fabriken an die alten Besitzer und für die Verteidigung der erkämpften Rechte.

In Coimbra werden durch die aktive Solidarität der Mieter- und Streikkommissionen regelmäßig Essen an die streikenden Studenten in einer Ess-Kooperative ausgegeben.

Doch in Porto, wo sich die Psychologiestudenten auf Verhandlungen und teilweises Akzeptieren von Regierungspositionen eingelassen haben, und in Lissabon bröckeln die Kampfmaßnahmen schnell ab. Die rechten Studentengruppen gehen zum Angriff über, denunzieren linke Professoren, schlagen Scheiben des Studentenvertretungsbüros ein, die JS (PS-Jugend) will grundsätzlich ein Zwangs-Referendum über Streiks an der Uni einführen, und die UEC (PC-Studentenorganisation) ist mal wieder eher für's Verhandeln statt für Streik.

Die letzten Nachrichten aus Coimbra sind auch nicht ermutigend, denn dort wird das Referendum anscheinend doch nicht boykottiert. Cardia meldete schon am ersten Tag 5.600 Antworten und beklagt die Überlastung der Notariate (die die Unterschriften der Studenten beglaubigen mußten).

Die Oberschüler, die gegen die Durchführung von nationalen Prüfungen 40.000 Unterschriften gesammelt haben, werden bei einer Protestdemo in Lissabon von der Polizei nicht in die Nähe des Erziehungsministeriums gelassen; in vielen Schulen führen die Vollversammlungen über Streiks, die Streikdurchführung (ein Tag) und das Verteilen von Flugblättern zu Schlägereien mit faschistischen Schülertrupps, Schließung einiger Schulen und polizeilicher Räumung von bestreikten Schulen.

Im Moment sieht es so aus, daß die Welle der befristeten Streiks in einer Niederlage enden wird, also das Feld jetzt kampflos den Rechten und dem Erziehungsministerium überlassen wird.

Anm. der Redaktion:
Der Konflikt im Ausbildungssektor spiegelt auch die Widersprüche innerhalb der PS wieder. Die PS-Führung und ihr PS-Minister, Cardia, stellen sich gegen alle Sektoren im Erziehungswesen, gegen die Studenten und Schüler, aber auch gegen die Mehrheit der Professoren und Dozenten, sogar gegen die (PS-orientierte) Lehrer-Gewerkschaft, was die PS-Führung dazu zwang, Mitglieder aus der Partei auszuschließen.

Das 'Chaos' im Erziehungssektor wird ganz offensichtlich von oben angestiftet. Und das ist auch nur möglich, weil die verschiedenen Links-Gruppen an der Basis gespalten sind bzw. weil der Druck von den Eltern, die Angst vor Arbeitslosigkeit bei den Lehrern usw. sehr groß sind und mit der Zeit immer mehr zunehmen.

## ZUR ENTWICKLUNG IN ÄTHIOPIEN

FRANKFURT 8. Juni

Äthiopien hat jetzt drei Jahre 'revolutionäre Umwälzungen' hinter sich — dies ist jedenfalls der offizielle Sprachgebrauch. Tatsächlich hat sich die politische und gesellschaftliche Realität Äthiopiens in dieser Zeit ganz wesentlich geändert.

Im Frühjahr 1974 wurde Kaiser Haile Selassie im Anschluß an große Schüler-und Studenten-Demonstrationen, einem militanten Taxifahrerstreik in Addis-Abeba (dort einer der größten Gewerbezweige), sowie einer Meuterei in der Armee, die vom Kampf gegen Eritrea ausgezehrt war und höheren Sold forderte, gestürzt.
Diese Absetzung des Kaisers mündete in eine grundlegende soziale Umwälzung. Zwar kontrolliert die Regierung heute nicht mehr ihre Grenzen im Süd-Osten (Guerilla aus Somalia), im Norden (Eritrea, das bis auf einige Städte in den Händen der Befreiungsbewegungen ist) und im Nord-Westen (Guerilla aus dem Sudan), und außerdem erschüttern untereinander zerstrittene, aber recht wirkungsvolle Revolten (von Marxisten-Leninisten genauso wie von Anhängern des alten Feudaladels) mehrere der 13 Provinzen; garnicht zu reden von dem Kampf der Eritreer um die Unabhängigkeit.

Dennoch ist der seit 30 Monaten regierende, sich selbst auch 'marxistisch-leninistisch' bezeichnende 'provisorische Verwaltungs- und Militärrat' (genannt nach seiner äthiopischen Abkürzung: DERG) nicht so schwach, wie es zunächst scheint. Drei Monate nach dem Sieg der radikalen Tendenz innerhalb des Militärrates, die von Oberstleutnant Mengistu Haile Marima repräsentiert wird, wird der DERG in den Augen vieler Äthiopier mehr und mehr mit einer Revolution identifiziert, die im Gegensatz zu vielen Varianten eines 'afrikanischen Sozialismus' nicht nur eine Revolution auf dem Papier geblieben ist.

### DIE LANDREFORM

Die Proklamation einer radikalen Landreform im März 1975 war der entscheidende Ausgangspunkt.
Neun Zehntel der 30 Millionen Äthiopier leben auf dem Land. Bereits als sich das Ende des Kaiserreichs ankündigte, hatten hier und da Gruppen von 'Bauern' (das hieß damals praktisch 'Leibeigene') begonnen, große Ländereien zu besetzen, Landhäuser des amharischen Adels (der Volksstamm der Amharer beherrschte die anderen Völker Äthiopiens) in Schutt und Asche zu legen. Im Laufe der ersten Monate der neuen 'Revolutionsregierung' weitete sich diese spontane Bewegung immer mehr aus; es wurden alle Beschwerden zusammengetragen und Forderungen aufgestellt: in Bezug auf die Steuerabgaben genau so wie in Bezug auf den Zustand der Straßen. Die Erpressungen durch die Polizei wurden angeprangert wie die Übergriffe des alten Adels.

In allen Provinzen im Süden und Westen des Landes, die erst vor rund hundert Jahren von den Amharern, von dem König von Shoa, unterworfen worden waren, mußte die große Mehrheit der Bauern, die anderen Volksstämmen angehörten (vor allem den Galla), den Feudalherren hohe Pachtzahlungen leisten, bis zu 75% der Ernte. Äthiopien ist das einzige Land Afrikas, das von der europäischen Kolonisierung ausgespart blieb, aber es basierte auf einer unvorstellbar brutalen 'inneren' Kolonisierung.

Der neue Militärrat DERG, der sich an die Seite der Bauernbewegung stellte, ohne etwa deren Repräsentant zu sein, griff deren Forderungen auf und beendete die verworrene Diskussion über eine Landreform, die schon unter Haile Selassie begonnen hatte; die beschlossene Landreform wurde radikal, da ihr Prinzip klar und einfach war: In der Proklamation vom 17. März 1975 wurde bestimmt, daß „das Land demjenigen gehört, der es bearbeitet". Pacht wird abgeschafft, nicht bebautes Land wird nationalisiert. Niemand darf mehr als 10 Hektar Land besitzen oder Land verkaufen. Wer mehr Land hat, muß es abgeben, damit es wieder verteilt werden kann.

### DORF—SELBSTVERWALTUNG

Mit demselben Gesetz wurden 'Bauern-Assoziationen' von durchschnittlich 200-300 Familien (für ein Territorium von ca. 800 Hektar) eingerichtet: in einem Land, das bis dahin ohne jegliche politische Basisstrukturen war, in dem die Verwaltung von den Feudalherren und ihrer Clique (einschließlich Polizei) allein ausgeübt wurde. Es entstand so etwas wie eine Doppelherrschaft mit den entsprechenden Konflikten, da die alte Verwaltung auf der Ebene der Bezirke und Provinzen weiter existierte. Aber auf der Ebene der Selbstverwaltung der Dörfer üben diese Assoziationen, die hier die Polizei- und Rechtsprechungshoheit besitzen und ökonomische Entscheidungen treffen können, eine beträchtliche Macht aus. Ihre Dorfmiliz, oftmals mit Speeren und Lanzen bewaffnet, kontrolliert die Fremden, und es kommt vor, daß sie ihre Autonomie dadurch zeigen, daß sie die in Addis-Abeba ausgestellten Papiere nicht anerkennen. Es wird auch von Fällen berichtet, wo sie Wegezoll für die Durchquerung ihres Territoriums verlangt haben.

Nach einer offiziellen Statistik bestehen heute 24 707 Bauern-Assoziationen mit 6.712.175 Mitgliedern in Äthiopien (außer Eritrea). Die ersten wurden faktisch kurz nach der Revolution gegründet, als 60.000 Schüler und Studenten aufs Land geschickt wurden (zur eigenen Schulung genauso wie zur Unterstützung der Landbevölkerung und zur Verbreiterung der Revolution), doch die Mehrheit entstand nach der Proklamation der Reformgesetze. In der stark von der Dürre betroffenen Provinz Wollo und in der Provinz Harrar, in der die Revolution erst langsam ihren Einfluß zeigte, entstanden sie erst im Laufe des letzten Jahres.

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

3

D-5000 KOELN 1

**Achtung, liebe Abonenntten!**
**Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !**

Posteinlieferung des letzten ID: *Freitag.*

Nr. 181

Die Organisations- und Mitgliedsstrukturen variieren in den verschiedenen Gegenden, aber in der Regel ist nur eine Person in der Familie Mitglied der Assoziation. Alleinstehende oder geschiedene Frauen (was nicht häufig vorkommen dürfte) sind Mitglieder der Assoziation. Wichtig ist, daß die ehemaligen Eigentümer, die nach der Landreform ihr Land verteilen mußten, die ersten zwei Jahre kein Stimmrecht besitzen. Jede Assoziation wählt ein Führungsgremium aus 10 Personen: den Präsidenten, den Vizepräsidenten, drei Richter und 5 ‚Beisitzer'. Jede Assoziation stellt auch eine Miliz (von etwa 20 Personen). Auf Distrikt- und Provinzebene haben die einzelnen Assoziationen inzwischen Koordinationsstrukturen geschaffen, nicht auf einer größeren regionalen oder nationalen Ebene.
Sofort nach der Revolution hatten die Bauern Jagd auf die ehemaligen Feudalherren gemacht, insbesondere auf den amharischen Adel. Die meisten Adeligen haben sich inzwischen in die Städte zurückgezogen (oder bilden selber mit eigenen Schutztruppen eine Art Feudal-Guerilla). Daß der DERG vergangenen Winter beschlossen hat, die Bauernmilizen zu bewaffnen hat jedoch andere Gründe: Der DERG beabsichtigt, die Dorfmilizen zu einer Art neuen Territorial-Armee zu entwikkeln, die den Kampf mit den verschiedenen lokalen Guerilla-Gruppen und sonstigen bewaffneten Oppositionsgruppen aufnehmen können und so den Rücken frei machen für die Kämpfe des Militärs in Eritrea.
Die Milizangehörigen werden auf Distriktebene in Einheiten von von 300 bis 500 Mann zusammengezogen und erhalten eine kurze militärische Grundausbildung von 1 bis 2 Monaten. Seit Januar dieses Jahres vergeht kein Tag, an dem nicht in der Presse von dem erfolgreichen Abschluß solcher Lehrgänge berichtet wird. Sie bieten dann auch immer die Gelegenheit, daß ein Vertreter des DERG kommt und eine große Massenveranstaltung im Distrikt abgehalten wird. Dabei kommt es dann regelmäßig vor, daß die Vertreter der Bauern unter dem Applaus der Umstehenden die mangelnde Qualität der Gewehre kritisieren und neuere Waffen fordern. Diese verteilt der DERG jedoch nur sehr spärlich. Sein Vertrauen in die Baurnmilizen ist begrenzt: In der nördlichen Region Begemder z.B. sind die Gewehre von den Assoziationen zum Teil gleich an die feudalen Oppositionsgruppen weitergereicht worden.
Die Waffen, bessere Waffen, würden zudem generell die Bauernmilizen auch in den durchaus vorhandenen Konflikten mit der Verwaltung und der Zentralregierung stärken. Die lokalen Bauern-Assoziationen gehen öfters in ihrem Kampf über die offiziell zugestandenen Rechte hinaus: z.B. weigern sie sich teilweise, nach zwei Jahren gewisse gesetzlich vorgesehene Entschädigungen an den ursprünglichen Eigentümer des Landes zu zahlen. Bereits in der Zeit, als die Studenten aufs Land geschickt worden waren (Januar 1975 – Juli 76) lag ein häufiger Konfliktpunkt darin, daß viele Studenten die Bauern in ihren Konflikten mit der staatlichen Verwaltung unterstützen und zu solchen weitergehenden Maßnahmen ermunterten. In Arba Minch, im Süden, wehrten sich die Bauern z.B. dagegen, daß eine große Länderei in ein staatliches Gut verwandelt werden sollte: sie besetzteb das Land, um es unter die Bauern zu verteilen. In diesem Fall griff das Militär ein und hat die Bauern brutal vertrieben.
In anderen Fällen richtet sich die Wut der Bauern gegen die Händler aus den Städten. Zwei Drittel der Bauern müssen ihre Produkte, vor allem Getreide, in den Dörfern an die Zwischenhändler zu sehr niedrigen Preisen verkaufen. Die Zwischenhändler sind nicht gerne gesehen: sie sind Spekulanten und zudem meist noch Fremde. Es kam vor, daß in Orten, in denen die staatliche Verwaltung keine wirkliche Kontrolle mehr ausüben kann, Bauern mit Unterstützung ihrer Assoziationen die Häuser der Händler verwüsteten.
So ist das Verhältnis zwischen dem DERG und den Bauernassoziationen ambivalent. Einerseits genießt der DERG bei den Bauern ein reales Ansehen, gerade bei denen im Süden und Westen des Landes, für die die Landreform deutlichere Vorteile brachte als für diejenigen im Norden, die schon vor der Revolution weniger unter dem Adel zu leiden hatten. Und die Bewaffnung und Organisierung der Bauern zielt darauf ab, diese Machtbasis des DERG in der Bevölkerung zu verstärken und gleichzeitig eine neue Verwaltungsstruktur an der Basis aufzubauen. Dazu muß er den Bauern assoziationen reale Machtbefugnisse und eine gewisse Autonomie zubilligen. Die Bauern setzen jedoch in ihrem Kampf eine andere Logik als der DERG, so daß es ständig auch zu Konflikten kommt, oftmals nicht direkt mit dem DERG, sondern etwa mit der (noch relativ feudal-gesonnenen) Polizei oder der alten staatlichen Verwaltung (deren Funktionäre meistens im Amt geblieben sind , oftmals mangels Alternativen). Wobei dann wichtig wird, wen der DERG – und das heißt: das Militär – unterstützt. Dies ist offensichtlich von Fall zu Fall verschieden. In der letzten Zeit scheint der DERG die Bauernassoziationen verstärkt zu unterstützen – allerdings auch auf der Basis, daß deren politische Strukturen zum Teil massiv beeinflußt wurden von der POMOA (dem 'provisorischen Büro zur Organisierung der Massen', eine Art ziviler Partei-Initiative auf der politischen Linie des DERG, die parallel zur alten Verwaltung, aber zentral von Addis-Abeba aus den Ausbau der verschiedenen Selbstverwaltungs-Organe vorantreibt). So dient etwa die Bevorzugung der ärmsten Bauern aus einem Dorf durch die POMOA, wenn es um die Bestimmung des Vorsitzenden der Assoziation geht, durchaus nicht nur der Autonomie der Assoziationen.

(wird fortgesetzt)